

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 3 März/April 2000 35. Jahrgang

Nein zu den Bilateralen EU-Verträgen!

Sonderausgabe 200'000 Exemplare
Démocrate  **Suisse**
 Pages 13-15



Markus Borner, Grossrat, Basel

In politischen Kreisen und Teilen der Wirtschaftsführung wird immer wieder behauptet, dass es nur mit den Bilateralen EU-Verträgen – als Vorstufe einer Mitgliedschaft der Schweiz in der EU – möglich sei, die Prosperität der Schweizer Wirtschaft, die soziale Wohlfahrt und Vollbeschäftigung zu garantieren. Diese These muss aber ernsthaft bestritten werden.

Die Fakten

Basler Zeitung vom 2. Dezember 1999: «Mehr Wahlmöglichkeiten – aber mehr Konkurrenz. Die bilateralen Abkommen führen in der Grenzregion Basel zu einer grösseren Durchlässigkeit der Landesgrenzen und zu mehr Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig ist mit einer verschärften Konkurrenz zu rechnen.»

Neue Zürcher Zeitung vom 9. November 1999: «EU-Konkurrenz für geschützte Berufe. Im Prinzip ergibt sich ein Zuwachs an Konkurrenz, aber auch an Chancen. Befürchtungen bestehen vor allem bezüglich eines Andrangs von EU-Ärzten in die freie Praxis (mit entsprechenden Kostensteigerungen bei den Krankenkassenprämien).»

Basler Zeitung vom 4. November 1999: «Nichts läuft mehr im Baselbiet. Wir rechnen mit einem täglichen Dreissig-Kilometer-Stau durch den ganzen Kanton, morgens und abends», befürchtet H.P. Stadelmann von der Verkehrsabteilung des Kantons Baselland, wenn er an die Folgen des EU-Landverkehrsabkommens (Zulassung von 40-Tönnern) denkt.

Lohndruck und Arbeitslosigkeit?

Trotz wirtschaftlicher Handelsliberalisierung hat es die EU bis heute nicht geschafft, die Arbeitslosigkeit auf ein Niveau zu senken, das wie in der Schweiz, kraft eines global wettbewerbsfähigen Industrie- und Dienstleistungssektors, zu einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen und niedrigen Defizit- und Arbeitslosenraten geführt hat. Mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 9 Prozent in den EU-Ländern (15.4 Prozent in Spanien, 10 Prozent in Deutschland und in Frankreich) ist der Arbeitsmarkt Schweiz daher für viele ausländische EU-Arbeitnehmer sehr attraktiv. Die Bilateralen Verträge wollen zudem den Vorrang der Schweizer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt (Inländervorrang) aufheben und für alle EU-Personen ein Recht auf Arbeit und Familiennachzug – gleich den Einheimischen – zugestehen. Zwar wird den Schweizer Arbeitnehmern ein Gegenrecht zugestanden, wobei es aber eine Illusion ist zu glauben, dass bei einer sehr hohen EU-Arbeitslosigkeit überhaupt eine reelle Chance auf Arbeit in den meisten Staaten der Europäischen Union

Sonderspende «Bilaterale Verträge»

Um gegen die gewaltige Übermacht der EU-Befürworter überhaupt eine Chance zu haben, sind wir dringend auf Ihre Spende angewiesen. Für Ihre materielle und/oder ideelle Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Geschäftsleitung 



besteht. Die Gleichstellung von Schweizer- und EU-Arbeitnehmern wird daher zu einer starken Konkurrenz- und Lohndrucksituation in der Schweiz – bis hin zu einer Angleichung an die hohe EU-Arbeitslosigkeit – führen. Aktuelles Beispiel ist Liechtenstein, das als EWR-Mitglied erst nach langen Verhandlungen den freien Personenverkehr bis zum Jahre 2006 weiter begrenzen konnte, nachdem sofort nach Inkrafttreten des EU-Vertrages ein Anstieg der ausländischen Bevölkerung aus EU-Staaten absehbar war.

EU-Folgekosten

Die Bilateralen EU-Verträge werden von den Bundesratsparteien als sehr gutes Verhandlungsergeb-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Droht eine 40-Töner-Lastwagenlawine?
- 4 Einbürgerungen vors Volk
- 6 SD ja – unsoziale SVP nein danke
- 7 SD im Nationalrat
- 8 Veranstaltungskalender Aus den Kantonen
- 11 Skandalöser Presserat
- 12 Der Leser hat das Wort

Nein zu den Bilateralen EU-Verträgen

Fortsetzung von Seite 1

nis dargestellt, von den SVP-Finanz- und Wirtschaftsvertretern im Bundesparlament als schlecht beurteilt und dennoch in dieser Form indirekt befürwortet. Doch zu welchem Preis und Nachteil dies alles? Auf Kosten der Arbeitnehmer (Lohndumping), der Umwelt, der Einwanderung und Überfremdung sowie des Steuerzahlers. Mit den Bilateralen Verträgen muss die Schweiz gemäss Bundesrat bei den Arbeitslosengeldern mit 600 Millionen Mehrausgaben pro Jahr rechnen; weitere 100 Millionen Franken sind im Bereiche der Krankenkassenprämienverbilligungen für EU-Familienangehörige mit Wohnsitz im Ausland sowie Zusatzausgaben von 100 Millionen Franken bei AHV / IV zu zahlen. Noch nicht bezifferbar sind die Fol-

gekosten im Bereiche des Transitverkehrs aufgrund der massiv ansteigenden Belastung durch die EU-40-Töner-Lastwagen auf unseren Autobahnen und Transitstrassen.

Wer hat Angst vor dem Volk?

Schon allein die Folgen der Bilateralen Verträge wären daher Grund genug gewesen, dieses einschneidende Abkommen dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Doch einmal mehr haben es die Parteien von FDP, CVP, SP (Gewerkschafter?) und teilweise auch aus der SVP verstanden, die Meinung des Volkes zu übergehen. Bei jeder Gelegenheit gibt zudem Nationalrat Christoph Blocher vor, die Interessen des Volkes zu vertreten. Hier bei diesem wichtigen Vertragswerk, das für die Zukunft der Schweiz, ihrer Bevölkerung und der Arbeitsplätze erhebliche Negativeffekte haben wird, will er aber

die Volksmeinung übergehen! Dank den Schweizer Demokraten und 10 weiteren, z.T. kleinen Organisationen aus dem politischen und ökologischen Spektrum, die sich alle für das Zustandekommen des Referendums engagiert haben, kann nun aber das Schweizer Volk am 21. Mai über diese Verträge abstimmen.

Für ein demokratisches, freies und föderalistisches Europa

Die Schweiz ist unbestrittenermassen, schon aufgrund ihrer geografischen Lage, ein Bestandteil von Europa. Wir gehören dazu, nicht aber immer und um jeden wirtschaftlichen/ökologischen Preis. Mit dem seinerzeitigen Beitritt der Schweiz zum WTO-Abkommen hat sich unser Land international wesentliche wirtschaftliche Handelsfreiheiten gesichert, auch gegenüber der EU! Die Mogelpackung «Bilaterale Verträge» hat

daher wenig wirtschaftlichen Sinn oder gar Vorteile. Es ergeben sich zu viele Nachteile für uns. Mit dem Fernziel einer EU-Mitgliedschaft hat die Classe-Politique diese einseitigen und schlechten EU-Verträge erarbeitet. Österreich lässt grüssen! Warum können wir denn nicht einzeln über die 7 Dossiers abstimmen? Nur ein eindeutiges «Nein» zu diesem überwiegend nachteiligen Vertragspaket liegt im Interesse der Schweiz und ihrer Bevölkerung!

Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die sich aus den sieben Abkommen, den Umsetzungs- und Begleitmassnahmen ergebenden Aufgaben langfristig die Einrichtung von 202,5 zusätzlichen Stellen nötig machen. Man wolle andernorts Stellen einsparen, wer glaubts? Die EU-Bürokratie Brüssels lässt grüssen!

Bilateraler Holzweg



Mit viel Geld und inhaltslosen Phrasen wie «Unser Land – unser Weg» wird derzeit versucht, dem Volk die bilateralen Verträge mit der EU schmackhaft zu machen. Verschwiegen wird dabei, dass wir mit diesen Verträgen alle Grundprinzipien der EU übernehmen. Sie sind somit nichts anderes als ein **verkappter EU-Beitritt!**

Die Befürworter behaupten, dass der sogenannte «freie Personenverkehr» mit der EU keine Einwanderungswelle auslösen werde. Dass dies nicht stimmt, ist am Beispiel Liechtensteins zu sehen. Unser kleines Nachbarland wurde nach dem EWR-Beitritt von EU-Einwanderern überschwemmt und versucht nun mit Notmassnahmen verzweifelt, das Schlimmste abzuwenden.

Die EU hat 10% Arbeitslose – viermal mehr als die Schweiz. Mit den «Bilateralen» erhalten diese das Recht, zur Stellensuche sechs Monate in unser Land zu kommen. Um Arbeit zu erhalten, werden sie auch Tiefstlöhne akzeptieren. Da wird keine «flankierende Massnahme» verhindern, dass unsere Löhne unter starken Druck geraten. Parallel dazu werden die Zinsen nach und nach auf das EU-übliche Niveau ansteigen. Da in der Schweiz die Hypothekarverschul-

dung viel höher ist als im Ausland, drohen **unerschwingliche Wohnungsmieten und damit eine allgemeine Volksarmut.**

EU-Einwanderern wird die Beitragsdauer in einer ausländischen Arbeitslosenversicherung angerechnet. So können sie schon nach wenigen Arbeitstagen in der Schweiz die vollen Leistungen der hiesigen Arbeitslosenkasse beanspruchen. Dies kostet uns Schweizer vorerst ca. 200 Millionen und später – gemäss Bundesrat – bis zu 600 Millionen Franken jährlich! Ähnlich läuft es bei der AHV.

So bluten unsere Sozialwerke aus!

Wir Schweizerinnen und Schweizer verlieren den Vorrang auf unserem eigenen Arbeitsmarkt und in allen anderen Bereichen. EU-Ausländer können ihre absolute Gleichbehandlung sogar (auf unsere Kosten) gerichtlich erzwingen.

Den jungen Schweizerinnen und Schweizern werden die EU-Verträge mit dem Argument «verkauft», sie könnten dann nach Belieben im Ausland studieren oder arbeiten. Tatsache ist, dass die Studienplatzkontingente an EU-Hochschulen, die Schweizern im Rahmen von Austauschprogrammen schon heute offenstehen, bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Der freie Personenverkehr wird also nur bewirken, dass unsere Hochschulen von ausländischen Studenten überflutet werden, die in ihrer Heimat oft jahrelang auf einen Studienplatz warten müssen. Gleich verhält es sich auf dem Stellenmarkt. Der Zugang zum EU-Arbeitsmarkt wird jungen Schweizern wenig nützen, weil dort die Jugendarbeitslosigkeit grassiert und gewiss niemand auf Stellenbewerber aus

der Schweiz wartet. Um so mehr werden dafür junge Schweizerinnen und Schweizer auf dem heimischen Arbeitsmarkt **von billiger arbeitenden Ausländern konkurriert.** Mit den bilateralen Verträgen werden Gemeinden, Eisenbahnen usw. verpflichtet, schon relativ kleine Bauarbeiten international auszusprechen. Gegenüber Dumpingangeboten ausländischer Firmen, die ihrem Personal viel geringere Löhne zahlen, hat das einheimische Gewerbe keine Chance mehr! Entgegen klaren Volksentscheiden werden 40-Töner zum Alpenrandsit zugelassen. Wir bauen für -zig Milliarden neue Eisenbahntunnel,

die kaum jemand benötigen wird, weil die ausgehandelten Transitgebühren für Lastwagen viel zu gering sind. Sie decken nicht einmal die Schäden, welche die 40-Töner auf unserem Strassennetz verursachen. Weitere 140 Millionen pro Jahr verlocken wir in die EU-Atomforschung, obwohl längst klar ist, dass diese gefährliche Technologie keine Zukunft hat.

Auf einen solchen Holzweg wollen also die EU-Freunde unser Land führen. Da gibt's nur eines: ein wuchtiges «NEIN» zu den bilateralen Verträgen!

*lic. iur. Christoph Spiess,
a. Gemeinderat, Zürich*

Nein zu den Bilateralen Verträgen mit der EU, denn diese bringen sehr grosse Nachteile für unser Land:

Sie sind abzulehnen, weil sie für den Bundesrat und die meisten Parteien erklärtermassen **nur der erste Schritt zum Beitritt in die zentralistische, die kleinen Länder bevormundende EU** wären. Bereits wurde vom Bundesrat das EU-Beitrittsgesuch in Brüssel eingereicht, momentan aus abstimmungstaktischen Gründen aber "eingefroren"!

Der **Familiennachzug** soll für EU-Ausländer **völlig freigegeben** werden. **Masseneinwanderung** in unser attraktives Hochlohnland wäre die Folge. Die **Schul- und Integrationsprobleme** würden wegen immer mehr ausländischen Schulkindern noch stärker **zunehmen**. **Der Vorrang der Einheimischen am Arbeitsmarkt soll gänzlich verloren gehen.**

Unsere wirtschaftlichen Standortvorteile sollen aufgegeben werden (**Konkurrenz durch ausländische Billiganbieter**) und das **Lohnniveau würde sinken.**

Hundertere von Millionen Franken sollen künftig zusätzlich pro Jahr für Arbeitslosengelder an EU-Ausländer bezahlt werden.

100 Millionen Franken Krankenkassenprämien-Vergünstigungen sollen jedes Jahr an Angehörige von EU-Ausländern ins Ausland transferiert werden. Gleichzeitig steigen im Inland die Krankenkassenprämien.

Die **Lex Friedrich** (Landverkäufe an Ausländer) soll - trotz negativem Volksentscheid - weiter **geloockert** werden. Zudem würden noch mehr kleinere und mittlere **Bauernbetriebe** wegen dem zunehmenden EU-Konkurrenzdruck **zugrunde gehen.**

Eine **40-Töner-Lastwagen-Lawine** würde unser Land überfluten. Bereits gibt es 60-Töner! Viele Strassen und Brücken sind nicht dafür gebaut (San Bernardino), sodass wir **grosse Strassensanierungen mit unseren Steuergeldern zu bezahlen** hätten.

Eidgenössische Abstimmung vom 21. Mai 2000: Nein zu den Bilateralen Verträgen mit der EU!

Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern - www.schweizer-demokraten.ch

Deiss und Dreifuss: «Nach den Bilateralen sofort in die EU»

Nach den bilateralen Verträgen gebe es keine weiteren Zwischenschritte, sagte Deiss: **«Der nächste Schritt dürfte der Beitritt unseres Landes zur EU sein.»**

Bundesrat Joseph Deiss, Neues Bülacher Tagblatt, 30.10.1999

«Der Bundesrat hat die Kompetenz, die **Verhandlungen über den EU-Beitritt** von sich aus aufzunehmen. **Wir haben die Absicht diesen Schritt zu tun, sobald die im Dezember mit der EU abgeschlossenen bilateralen Verträge in einer Volksabstimmung angenommen worden sind.»**

Bundesrätin Ruth Dreifuss, Spiegel Interview 5/99

«... mit dem freien Personen- und dem freien Lastwagenverkehr zwei schwerwiegende EU-Beitrittschancen beseitigt seien und dass rasch weitere Hürden abzubauen seien, so dass im Jahr 2000 möglichst keine Beitritts-Negativpunkte mehr

vorhanden seien.»

Markus Ambühl, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD gemäss H. Fehr, Neues Bülacher Tagblatt, 8.12.1999

«**Sind die sektoriellen Abkommen einmal unter Dach und Fach, dürfen wir nicht auf halbem Weg stehenbleiben**, sondern müssen einen möglichst breiten und konstruktiven Dialog über die Frage des Beitritts der Schweiz zur EU lancieren.»

Joseph Deiss, CH-Euro-Bulletin, Edition 1999/II

«**Der systematische Nachvollzug von EU-Recht und von EU-Politiken findet heute in der Schweiz im Zustand der Nichtmitgliedschaft statt.**»

Integrationsbericht 1999, S. 321

«Der Bundesrat legte am 5. Februar 1993 ein Folgeprogramm zum EWR-Nein vor. Darin schlug er einerseits das so genannte Swisslex-

Programm vor, **eine Anpassung der schweizerischen Gesetze an jene der EG in wirtschaftlich bedeutungsvollen Bereichen** allerdings ohne institutionellen Brückenschlag zur EU.»

Integrationsbericht 1999, S. 287

«In den anderen Verhandlungsdossiers ging es hingegen vorrangig um die Frage, welche Teile des europäischen Rechts die Schweiz bis wann und in welcher Form zu übernehmen bereit ist.»

Moritz Leuenberger, 29.8.1998, Verkehrshaus Luzern, autorisierte Fassung UVEK

«**Im Gegensatz zum EWR-Abkommen beruhen die sektoriellen Abkommen grundsätzlich nicht auf einer wörtlichen und vollständigen Übernahme des Gemeinschaftsrechts in den betroffenen Sektoren. Die Abkommen gründen im Allgemeinen auf der Gleichwertigkeit der schweizeri-**

schen und EG-Regeln. Die Gesetzgebungsautonomie der Schweiz ist somit formell gewährleistet.»

Integrationsbericht, 1999, S. 10

«**Die Abkommen würden die Autonomie jeder Vertragspartei einschränken und hätten dadurch Auswirkungen auf die Ausübung der autonomen nationalen Kompetenzen, ...»**

Integrationsbericht, 1999, S. 19

«**...auch wenn es offensichtlich im Interesse der Schweiz liegt, die Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen zu erhalten, indem sie der Entwicklung des Gemeinschaftsrechts in den durch die sektoriellen Abkommen abgedeckten Bereichen regelmässig Rechnung trägt. Anderfalls würden die Unterschiede zwischen den schweizerischen und den gemeinschaftlichen Regeln die Anwendung der betreffenden Abkommen behindern.**»

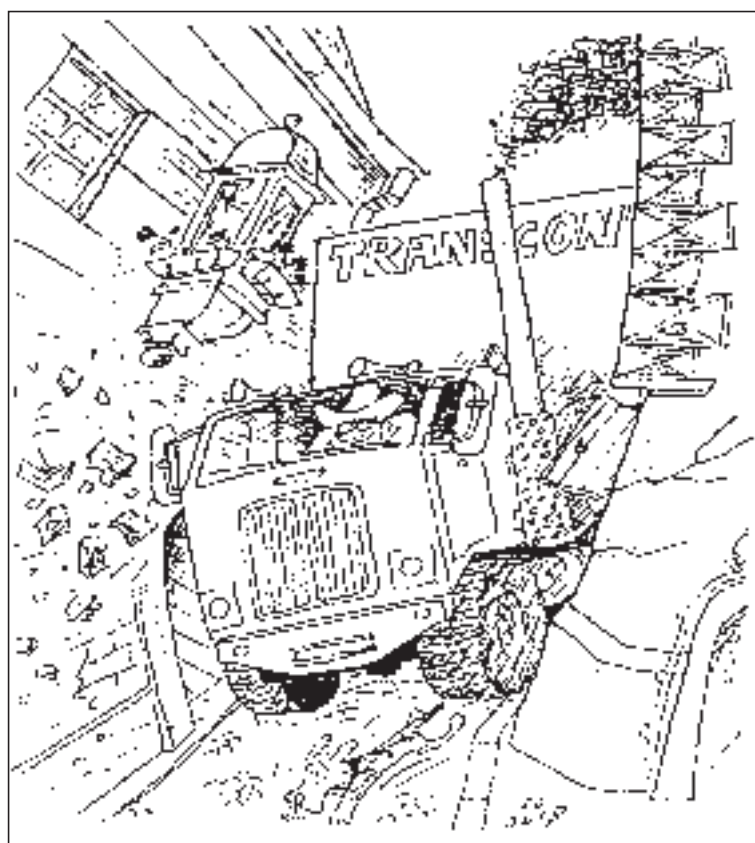
Integrationsbericht, 1999, S. 296

Droht eine 40-Tonner-Lastwagenlawine?

Schon heute werden – obwohl eine 28-Tonnen-Limite festgelegt ist – **40-Töner in den sogenannten Grenzregionen zugelassen** (bis hinein ins Mittelland). Diese Fahrzeuge können sich entgegen dem geltenden Recht relativ frei bewegen! Bald einmal dürften sie aufgrund der Bilateralen Verträge ganz frei durchs Land fahren. Die ohnehin schon stark überlasteten Polizeikorps haben zu wenig Leute zur Verfügung, um zu kontrollieren, dass diese Fahrzeuge nur 40 Tonnen geladen haben. Zudem droht erhöhte Gefahr: **Schon heute können die Tunnelkontrollen** – gefährliche Güter dürfen nicht durch die Strassentunnel, sondern gehören zwingend auf die Schiene – **kaum mehr richtig durchgeführt werden.** Mehr Lastwagen auf den Strassen bedeutet aus der Risikosicht – alle andern Verkehrsteilnehmer werden dadurch erhöht gefährdet (siehe letztjährige Unfälle mit Todesfolgen in mehreren Tunnels). Auf Anfragen der Kantone, ob der Bund diese wichtige Kontrollaufgabe mindestens teilweise übernehmen könne, kam eine ablehnende Antwort.

40-Töner verursachen viel Lärm und viel Gestank entlang der grösseren Strassen und Autobahnen. Heute sind es 40-Töner und schon bald wird wohl die europäische «Bitte» (seit dem Fall Österreich weiss man wie «gebeten» wird – Erpressung!) nach 50-Tönnern kommen. **40-Töner machen mit**

ihrem Gewicht unsere Strassen (Brücken, Tunnels, grosse Viadukte) schneller kaputt. Die Folge davon wird sein, dass wir Steuerzahlende schneller Strassenreparaturen in grossem Stile (Milliarden) zu bezahlen haben. Beim seinerzeitigen Verkehrsabkommen mit der EU forderte die SD im Nationalrat vergebens, dass sich die EU als Profiteurin an den uns entstehenden Kosten beteiligen solle. Die Alpeninitiative (vom Volk angenommen) will den transitquerenden Schwerverkehr von Landesgrenze zu Landesgrenze durch Kapazitätserhöhungen auf die Schiene bringen. Ein gescheites Ziel, aber... dies dürfte bei der zu erwartenden **Zunahme der 40-Töner, mit einer wahren Überflutung unserer Strassen**, kaum realisierbar werden. Denn mit den Bilateralen Verträgen senden wir das Signal an die EU, dass alle durch unser Land fahren dürfen! Und viele Lastwägel werden den Preis für die Verladung der 40-Töner auf die Bahn nicht zahlen wollen. Dann fahren sie auf der Strasse und niemand kann sie daran hindern. Die **Schweizer Transitachsen Gotthard und San Bernardino** sind auch die kürzesten und bequemsten Routen für den internationalen Transitverkehr, weshalb – entgegen den Prognosen – **mit sehr grossem Mehrverkehr zu rechnen ist.** Ade 28-Tonnen-Limite! **Um den ökonomischen und ökologischen Unsinn, wonach Güter quer durch**



die halbe Welt transportiert werden, zu finanzieren, sollen wir Steuerzahlende über zwei Milliarden zusätzlich bezahlen. Dieses bilaterale EU-Verkehrskonzept kommt uns also teuer zu stehen. Wir bauen

die Bahnkapazitäten massiv aus, dann werden sie nicht ausgelastet, weil mehr Schwerverkehr auf der Strasse fährt...

SD-Zentralpräsident, Rudolf Keller

Viele Einbürgerungen abgelehnt

Triumph des Volkes in Emmen

Vor zwei Jahren haben die Stim-menden von Emmen unsere SD-Volksinitiative angenommen, wo-nach Einbürgerungen vors Volk gehören.

Am 12. März gab es zum zweiten Mal eine Abstimmung über Einbürgerungsgesuche. Nachdem in einer ersten Volksabstimmung nur wenige Gesuche vorgelegt wurden, standen diesmal erstmals sehr viele Einbürgerungswillige zur Abstimmung. **Das Resultat ist ein Sieg der einheimischen Bevölkerung, welche eine erstaunliche Reife zeigte. Erstens gab es eine Rekordstimm-beteiligung von 55%, also ist das Resultat aussagekräftig! Zweitens waren die Resultate auch sehr klar: 19 Gesuche wurden abgelehnt, 4 Gesuche wurden angenommen.** Die Stimmenverhältnisse lagen etwa so, dass jeweils rund ein Drittel für die Einbürgerungen stimmte und rund zwei Drittel dagegen. Die zahlreich an die Urne gegangenen Leute differenzierten auch stark. **Gesuche von Leuten aus dem Balkan wurden abgelehnt, einige Italiener wurden eingebürgert.** Damit haben die Einheimischen gezeigt, dass sie nicht generell gegen Einbürgerungen sind, dass sie differenzieren können. Sie sind aber nicht mehr gewillt, Leute einzubürgern, welche nicht richtig integriert sind und teilweise unsere

Sprache kaum verstehen, geschweige denn sprechen können. Dieses ermutigende Resultat ist für uns ein Ansporn, in unseren Anstrengungen gegen die sehr zahlreichen Missbräuche im Einbürgerungswesen – wo auch immer – Sturm zu laufen.

Selbstverständlich sind die schlechten Verlierer von FDP, CVP und SP sofort auf den Plan getreten. Man müsse dieses Resultat diskutieren (sprich: rückgängig machen), so könne es nicht mehr weitergehen in Emmen, der Fremdenhass habe gesiegt usw. Wen wundert das Resultat, Emmen hat rund 30% Ausländer. Die Einheimischen werden zunehmend an die Wand gedrückt. Diese Überfremdung lassen sich immer mehr Menschen nicht mehr gefallen.

Mit Volksinitiativen in den Kantonen Aargau, Baselland und Thurgau werden wir Schweizer Demokraten diese Thematik noch verstärkt aufs Tapet bringen. Darüber hinaus werden wir in ein, zwei Jahren wohl das Referendum gegen eine eidgenössische Einbürgerungsvorlage ergreifen müssen, welche unser Einbürgerungsrecht noch vollends aushöhlen will.

So könnte der neue Schweizer Pass aussehen:



Variante A



Variante B



Variante C



Variante D

SD aktiv gegen Einbürgerungen

- | | |
|---|---|
| 1977 Eidg. SD-Initiative zur Beschränkung der Einbürgerungen – Abstimmung verloren | 1998 Gewonnene SD-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» in Emmenbrücke |
| 1983 Alleinige aber erfolgreiche Bekämpfung einer Eidg. Vorlage zur erleichterten Einbürgerung | 1998 Verlorene SD-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» in Horw |
| 1994 Erfolgreiche Bekämpfung einer Eidg. Vorlage zur erleichterten Einbürgerung | 1999 Lancierung Baselbieter SD-Initiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» |
| 1996 Erfolgreiches SD-Referendum gegen erleichterte Einbürgerungen in der Stadt Zürich | 1999 Lancierung Aargauer SD-Initiative «für mehr Demokratie im Einbürgerungswesen» |
| 1997 Verlorene Aargauer SD-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» | 2000 Vorgesehene Lancierung Thurgauer SD-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» |
| 1998 Wegen den SD-Referendumsdrohungen (u.a. aktenkundig aus den Kommissionsberichten) haben Nationalrat/Ständerat aus Angst vor einer Niederlage eine Eidg. Vorlage zur erleichterten Einbürgerung zurückgezogen | 2000 Beschluss des SD-Zentralvorstandes, das Referendum zu ergreifen gegen den neuerlichen Eidg. Versuch, eine Einbürgerungsvorlage zu machen (wahrscheinlich im Jahr 2001) |

Anti-EU-Kleber

Den Schweizer EU-Freunden ins Stammbuch
Als wir stimmen durften, haben wir nicht nachgedacht und als wir nachdachten, durften wir nicht mehr stimmen
 (gelesen an einem Rathaus in Deutschland)

Bogen (210 Kleber) Fr. 1.90 pro Bogen; ab 20 Bogen (420 Kleber) Fr. 1.80 pro Bogen plus Versandkosten von Fr. 1.50 pro Sendung (bei Bestellung bis 5 Bogen nur 80 Rp. Versandkosten).

Bestellungen bei: **Schweizer Demokraten Baden, Postfach 1213, 5401 Baden.** Bitte der Bestellung die Kosten (+ Versandkosten) in frankaturgültigen Briefmarken beilegen.

Obiger Selbstkleber (70 x 42 mm, rot auf weissem Grund) eignet sich sehr gut zur Werbung für ein Nein zu den bilateralen Verträgen (Abstimmung vom 21. Mai 2000), aber auch allgemein für Werbung gegen einen EU-Beitritt der Schweiz.

Kosten: A4-Bogen mit 21 selbstklebenden Etiketten Fr. 2.–; ab 10

Bei Bestellungen über Fr. 20.– bitte um Vorauszahlung auf PC-Konto 60-394553-0, D. Najman, Baden.

Schenk & Senn
 Ihr Allfinanz-Partner

Postfach 225 8185 Winkel Telefon + Fax 01 862 04 53
 E-Mail: schenk.senn@flyaway.ch

Ihr zuverlässiger Partner für:

- Buchhaltungen
- Steuererklärungen
- Inkasso
- Verlustscheinverwertungen
- Mehrwertsteuerabrechnungen
- Sozialversicherungen
- Sach- und Lebensversicherungen
- Finanzanlagen

Wir optimieren Ihre Finanzen. Rufen Sie uns an.

Anzeige



SD ja – unsoziale SVP nein danke!



Rudolf Keller,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Dann und wann werde ich gefragt, ob jetzt, nach meiner knappen Nichtwiederwahl in den Nationalrat, nicht die beste Gelegenheit wäre, in die SVP zu wechseln. Blochers SVP stünde mir so nahe, dort hätte ich mehr Erfolg und Möglichkeiten.

Darauf erwidere ich jeweils, dass ich nicht

- zu einer Partei gehen könne, welche für die neue internationalistische Bundesverfassung gestimmt habe.
- ins Blocher-Nest sitzen könne, weil dieser gegen das Referendum zum sogenannten Anti-Rassismusgesetz war.
- in die SVP gehen könne, weil sich diese gegen das Referendum zu den Bilateralen Verträgen mit der EU ausgesprochen habe.
- bei der SVP mitmachen könne, weil diese Partei zu stark nur auf eine Person ausgerichtet sei und ich bei der SD mehr Freiheiten habe.
- bei Blocher mitmachen könne, weil ich es wichtig fände, dann und wann in der politischen Auseinandersetzung einen ökologischen oder einen sozialen Tupper setzen zu können – das könne ich bei der SD, bei der SVP aber nicht!

Dies seien also alles handfeste Gründe, um mit aller Kraft bei den Schweizer Demokraten weiter zu politisieren. **Die SD fülle wichtige politische Lücken aus, welche von der Regierungspartei SVP offen gelassen würden, weil diese zu viel auf die andern Regierungsparteien und auf das Grosskapital Rücksicht nehmen müsse.**

Ich bin als Politiker wahrlich nur sehr moderat sozial, was aber die SVP nun an radikal-egoistischem Sozialabbau alles vorschlägt, kann ich nicht gouttieren:

Das wahre, asoziale Gesicht der SVP

Am SVP-Parteitag Anfang März hat die heutige SVP erstmals sehr offen ihr wirkliches Gesicht gezeigt. Man erinnere sich: Sehr viele sogenannte «kleine Leute», also solche mit mittleren und kleineren Einkommen, haben bei den Nationalratswahlen für die SVP gestimmt. **Mancher Rentner, manche Rentnerin unterstützte mutig die SVP, «weil die etwas tun...».** Dabei

ist sehr viel, was die SVP «tut», nur blinder Aktivismus. Sie versucht, auf möglichst vielen Hochzeiten zu tanzen, möglichst viele Themen «anzureissen», um so eine möglichst breite Abstützung zu haben. Der Preis, den die SVP dafür bezahlt, ist sehr hoch. Es war Insidern schon lange bekannt, dass die SVP im negativen Sinne eine reaktionäre Sozialpolitik verfolgt. Bisher konnte sie das aber geschickt kaschieren, sodass die sogenannte «kleinen Leute» dies nicht merken. **Viele realisierten nicht, dass sie mit der Stimmabgabe für die SVP gegen ihre eigenen Interessen votierten.** Das Palmares an SVP-Vorstössen, welche die eidgenössische Solidarität zu Gunsten von «mehr Eigenverantwortung» (wie das immer so schön heisst) abbauen wollen, ist aber sehr gross. Noch gut erinnere ich mich an das Arbeitsgesetz, wo wir SD-Vertreter gegen die Verschlechterung der sozialen Rahmenbedingungen für Angestellte und den Mittelstand votierten, indess die SVP dafür kämpfte und im Parlament eine Mehrheit erhielt. In der Referendumsabstimmung wurde dann diese arbeitnehmerfeindliche Vorlage auch mit Hilfe der SD klar bachab geschickt. **Und es war die reaktionäre SVP, welche gegen den bezahlten arbeitsfreien 1. August votierte, «weil die Wirtschaft diese Ausfälle nicht verkraften kann» (Originalton).** Der Patriotismus hört bei der SVP beim Portemonnaie auf. Wen wundert schon, wird die SVP doch von steinreichen Milliardären dominiert, welche eigene Interessen haben und diese auch in der Politik konsequent verfolgen.

SVP für Rentenkürzungen und höheres Rentenalter

Da überrascht es überhaupt nicht, dass die SVP an ihrem Parteitag ein Grundsatzpapier beschlossen hat, welches im Kern aussagt, **dass das AHV-Alter wegen der Finanzierungsprobleme auf 68 Jahre zu erhöhen sei.** «Die AHV-Renten müssen kleiner werden», verkündete der SVP-Präsident. Die SVP will vom solidarischen Umlageverfahren, mit dem die AHV finanziert wird, abkommen und neu das Kapitaldeckungsverfahren anstreben. Im Klartext bedeutet dies, jedem sein eigenes Konto und da verlieren die Mittel- und Kleinverdiener natürlich. Das heisst erstens, dass **die altbewährte freundeidgenössische AHV-Solidarität abgeschafft werden soll.** Und das heisst zweitens, dass die AHV, gleich wie es die Pensionskassen tun, Geld anhäufen müssten, mit all den daraus resultierenden Problemen wie der zentralistischen Machtballung, die man bereits von der Zweiten Säule (Pensionskasse) her kennt. **Herr Ebner könnte dann das grosse Spe-**

kulationsgeld auch mit der AHV machen! Das ergäbe aber eine immer verheerendere Machtballung von Kapital in wenigen Händen. **«Es soll nur noch eine Minimalrente im Umlageverfahren finanziert werden», sagte ein SVP-Nationalrat.** Für den Rest sollen die Schweizerinnen und Schweizer in Zukunft selbst vorsorgen. Nur, wie soll das gehen bei Leuten, welche beispielsweise zwischen 3000 und 4000 Franken verdienen (bei einer Dreizimmer-Wohnungsmiete von 1800 Franken in der Stadt Zürich) und damit noch eine Familie mit Kindern durchzubringen haben? Die SVP sagt, wie man das macht: «Der Staat kann Vorsorgeziele formulieren. Dem einzelnen ist weitgehend die Freiheit zu gewähren, wie er das erreichen will.» Das tönt wohl schön für einen Verdienner wie ich es bin, der etwas mehr als der Durchschnitt verdient, **aber woher sollen Leute mit kleineren und mittleren Einkommen das Geld nehmen für den eigenen Aufbau der Vorsorge?** Wie, liebe SVP, wie und womit sollen diese ihre Vorsorge aufbauen? Überall will die SVP abbauen, weniger Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung, weniger Lohnabzüge für die Erwerbsersatzordnung, sowieso weniger Beiträge für die IV. Zynisch kann man nur sagen, dass man hofft, das SVP-Sozialzenario könne nicht umgesetzt werden und keiner der SVP-Milliardäre verarme eines Tages und würde invalid, sonst müsste dieser die schlimmen Folgen seiner Politik noch am eigenen Leib erfahren.

Der AHV-Goldschatz b'schiss der SVP

Es war typisch für die SVP, dass sie bei den Beratungen der Bilateralen Verträge im Parlament zwar gewertet haben wegen der **600 Millionen die für zusätzliche Arbeitslosenleistungen an EU-Ausländer gehen, gegen die 100 Millionen Krankenkassenprämienvergünstigungen, die an Angehörige von EU-Ausländern im Ausland zu zahlen sind, währenddessen unsere eigenen Krankenkassenprämien steigen.** Am Schluss haben die SVP-Leute den Bilateralen Verträgen aber trotzdem grossmehrheitlich zugestimmt. Da will also die SVP aus dem Vollen schöpfen! **Im AHV-Arbeitspapier der SVP steht auch nichts davon, dass immer mehr AHV-Renten an Ausländer gehen.** Bereits sind im AHV-Computer mehr Namen von Ausländern registriert als von Einheimischen. Man getraut sich offenbar nicht, dieses Finanzpolster einmal gründlich durchzuforschen. **Warum nicht alle Renten, die ins Ausland bezahlt werden, gemäss den dortigen Lebenshaltungskosten nach unten korrigieren?** Genau gleich

wie man alle IV-Renten, welche ins Ausland bezahlt werden – wegen allfälliger Missbräuche – genauer unter die Lupe nehmen müsste. Man könnte noch an manchen Orten – ohne Sozialabbau zu betreiben – Geld einsparen, wenn man nur wollte. Diese und viele andere Massnahmen könnten mithelfen, die heutigen Rentenhöhen zu sichern, von einem weiteren Ausbau will auch ich nicht reden. Aber ein Abbau à la SVP???

Einen Teil unseres **Staats-Goldschatzes will die SVP nun verscherbeln** – für die AHV soll dieses Geld gebraucht werden. Das tönt natürlich populär. Die SVP sagt aber nicht, dass sich damit das Loch nur sehr sehr kurzfristig stopfen lässt. Und nachher? – Weg ist weg! Bisher lebte unser Land nämlich gut mit dem wertvollen Goldschatz im Rücken. Warum also diesen Goldschatz verhöckern? Hinter dieser Goldschatz-Idee steckt die urkapitalistische SVP-Mentalität, wonach man aus allem Geld machen muss, wo immer nur möglich. **Wir wissen, dass der Kapitalismus gut ist, auf jeden Fall besser als der Sozialismus. Aber der Kapitalismus muss auch eine soziale Komponente haben, sonst bricht der Krieg der Generationen und der verschiedenen sozialen Schichten aus, sonst erleidet unsere Gesellschaft Schiffbruch.**

Nach diesem SVP-Parteitag dürfte es bei manchen SVP-Wählern ein bitteres Erwachen gegeben haben... das nächste Mal bestimmt nicht mehr! Nur die dümmsten Kälber wählen ihren...

Steuererklärungen

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Buchhaltungen/Abschluss

je nach Grösse, schon ab Fr. 90.–/mtl.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

Sonderausgabe
200'000
Exemplare:

Abstimmung vom 21. Mai 2000



Keine Schweizer Soldaten ins Ausland

Rückweisung der Änderung des Militärgesetzes von SD-Nationalrat Bernhard Hess.

«Bewaffnete oder unbewaffnete Schweizer Soldaten haben im Ausland nichts zu suchen. Die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi werden deshalb in jedem Fall ein Referendum gegen jede rechtliche Grundlage, die das Entsenden von Schweizer Armeemitgliedern mit oder ohne Waffen ins Ausland zulässt, mittragen. Denn wir sagen nein zur Preisgabe unserer immerwährenden bewaffneten Neutralität, die sich seit Jahrhunderten als Sicherheits- und Friedensmodell bewährt hat. Wir sagen auch nein zu einem falschen Konzept, das zivile, humanitäre Hilfe wie die Schweizerische Katastrophenhilfe oder das Rote Kreuz mit der militärischen Intervention vermischt und damit die Neutra-

lität der Schweiz schlicht unglaublich unwürdig macht. Wir sagen nein zu unsinnigen und kostspieligen Ausland-Alibiübungen. Unmissverständlich nein sagen wir zu gefährlichen Spielereien mit der schweizerischen Neutralität. Wir wollen nicht Soldaten zu einem Konflikt schicken – dieser Konflikt kommt sonst unweigerlich einmal zu uns. Wir wollen auch keineswegs zu Marionetten der Grossmächte, besonders der USA, werden. Hier gibt es auch eine Alternative; die neutrale Schweiz muss machen, was andere nicht tun: die zivile humanitäre Hilfe konzentrieren und verstärken – besonders durch den Ausbau des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps –, die Diplomatie intensivieren. Die Pläne des VBS sind klar neutralitätswidrig. Das Referendum wird uns Schweizer Demokraten deshalb regelrecht aufge-drängt.»

Interpellation Bernhard Hess (SD)

Austritt aus der EU unmöglich?

Wortlaut der Interpellation vom 21. März 2000

Im Zusammenhang mit den EU-Drohungen gegen Österreich wurde von verschiedenen europäischen Medien erstmals das Problem der Unkündbarkeit des EU-Beitrittsvertrages thematisiert. Viele Bürger hatten bis dahin noch nie etwas von Artikel 51 des Vertrages über die Europäische Union gehört. Er hat den schlichten, aber folgenschweren Wortlaut: «Dieser Vertrag gilt für unbegrenzte Zeit».

Eine Aufhebung, sagen Völkerrechtler, ist allenfalls bei Zustimmung sämtlicher Mitglieder möglich. Weigert sich ein einziges Land, muss die Union beieinander bleiben. Notfalls könnte dies mit Gewalt erzwungen werden.

Ich bitte den Bundesrat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den vorerwähnten Artikel 51 des Vertrages über die Europäische Union?
2. Sieht der Bundesrat aufgrund dieses Artikels überhaupt noch die Möglichkeit, im Falle eines Beitritts der Schweiz, aus der Europäischen Union auszutreten?

Begründung

Den meisten Österreichern war anlässlich der Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union eines nicht bewusst: dass sie

dieser Vertrag offensichtlich für die Ewigkeit verpflichtet.

Es ist aber ein Unding, Völker in unkündbaren Verträgen auf Jahrhunderte zu verpflichten. Den Nachgeborenen wird damit das Selbstbestimmungsrecht und die politische Gestaltungsfreiheit genommen. Durchsetzbar ist solche Hybris letztlich wohl kaum. Aber es drohen Zukunftskonflikte, die ohne solche Vertragszwänge gar nicht erst aufkämen.

«Aus der EU kann keiner austreten, und sie kann keinen raus-

schmeissen», bekundet der Rechtswissenschaftler Christoph Vedder, Verfasser eines Standardkomment zum Europarecht. Mitgefangen – mitgegangen, steht unsichtbar als Motto über dem Unionsvertrag.

Möglich ist nur eines: Verstösst ein Mitgliedsstaat dauerhaft und schwerwiegend gegen EU-Recht, kann er nach Artikel 7 des EU-Vertrages vom Europäischen Rat suspendiert werden. Sein Stimmrecht würde dann ruhen, nicht aber seine Mitgliedschaft.

Frage Bernhard Hess (SD):

Umgehung des Asylverfahrens durch «vorläufige Aufnahme»

Mit seiner Entscheidung zur vorläufigen Aufnahme von schon vor Jahren eingereisten 13'000 Flüchtlingen vorab aus Sri Lanka (aber auch aus Ex-Jugoslawien) hat der Bundesrat vordergründig ein Problem gelöst, aber gleichzeitig die Basis für neue Schwierigkeiten gelegt, denn es ist absehbar, dass sich der Einwanderungsdruck aus den durch den Entscheid bevorzugten Gebieten verstärken wird.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass er mit dieser Massnahme gegen das gültige Asylgesetz verstösst und das Asylverfahren ad absurdum geführt wird? Sieht er nicht eine gewisse Gefahr,

dass Asylbewerber künftig die Bearbeitung ihrer Gesuche durch Verschweigen ihrer Identität erschweren oder durch immer neue Rekurse und Beschwerden mutwillig verlängern? Sind solche «humanitäre» Massnahmen nicht geradezu eine Aufmunterung an alle anderen Asylgesuchsteller, ihre Verfahren möglichst lange hinaus zu zögern, da sie ja dann ebenfalls mit einer Aufenthaltserlaubnis rechnen können?

Der Bundesrat verneint einen Verstoß gegen das geltende Asylrecht und befürchtet zynischerweise auch keine weiteren Verzögerungen der Asylverfahren.

Frage Bernhard Hess (SD):

Einreiseverbot für Sahara Wagenknecht (SED-PDS)

Offizielle Rednerin an der 1.-Mai-Feier in Zürich ist Sahara Wagenknecht. Sie ist Wortführerin der Kommunistischen Plattform der PDS, der Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED. Die 30-jährige Frau huldigt uneinsichtig den Prinzipien des Marxismus und Leninismus. In zynischer Art und Weise bedauert sie den Mauerfall und hält Lobreden auf den zum Glück untergegangenen Unrechtsstaat DDR, welcher bekanntlich Todesschützen an der Grenze positioniert hatte und in dem es (im Gegensatz zu Österreich!) keine Pressefreiheit und schon gar keine Meinungsfreiheit gab. Freie Wahlen fanden keine statt, und die Stasi kontrollierte beinahe sämtliche Lebensbereiche.

Unerträglich ist jedoch insbesondere die Tatsache, dass Frau Wagenknecht auch das stalinistische Regime lobt. Abstrakt, formelhaft, wie auswendig gelernt, sondert sie

bolschewistische Worthülsen ab wie «das stalinistische Regime» habe «die Sowjetunion entscheidend vorangebracht, den Alphabetismus gesenkt und Hitler besiegt». Die linke Esoterikerin verharmlost ganz bewusst das menschenverachtende Gewaltregime unter Josef Stalin.







Findet es der Bundesrat nicht auch unerträglich, dass auf Schweizer Boden eine den roten Holocaust zumindest verharmlosende Person offen auftreten kann? Sollte die Landesregierung nicht ein deutliches Signal gegen Extremistinnen und Extremisten jeglicher Prägung und Ausrichtung setzen und deshalb Frau Sahara Wagenknecht mit einem Einreiseverbot belegen?

Gestützt auf die Meinungsfreiheit lehnt der Bundesrat ein Einreiseverbot von Frau Wagenknecht ab.



SD auf Internet – täglich aktuell!
www.schweizer-demokraten.ch

Veranstaltungskalender

Schweiz 	Schweizer Demokraten	Schweiz. SD-Delegiertenversammlung am Samstag, 29. April 2000, 10.30 Uhr im Restaurant Freihof in Wil
Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlten
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Ob- und Nid-Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat im Restaurant Fankhauser ab 20.00 Uhr
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
	Sektion Köniz	Hauptversammlung am 7. April 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Traube in Köniz. Anschliessend Diskussion mit geladenen Gästen.
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 10. April 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Kreuzacker in Wil
Zürich 	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Linde, Buchs/ZH
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten



Kanton Bern



SD fordern Beendigung der Gefängnis-Revolte

Nötigenfalls mittels drakonischer Massnahmen fordern die Schweizer Demokraten (SD) die sofortige Beendigung der Gefängnis-Revolte in der Strafanstalt Thorberg.

Für die SD ist es inakzeptabel, dass in einem Berner Gefängnis ungefähr 70 Häftlinge während Tagen das Essen verweigern und die Aufschaltung eines albanischen Fernseh-Senders erpressen wollen (und

dabei nicht einmal vor Morddrohungen zurückschrecken), ohne dass die Behörden reagieren und dem Spuk ein Ende bereiten. Einmal mehr wird den Verfechtern der «multikulturellen Gesellschaft» schmerzlich die Quittung präsentiert.

Der «weichen Linie», welche die FDP-Polizeidirektorin Dora Andres wiederum fährt, muss dringend Einhalt geboten werden. Namens der SD wird deshalb Grossrat Hans Peter Riesen in dieser Angelegenheit im Kantonsparlament vorstellig werden. Mittels Dringlicher Interpellation sollen die Behörden unter anderem Auskunft geben, ob diese und auch Dora Andres mit ihrem pseudohumanen Verhalten die Gefängnis-Revolte mitzuverantworten haben.

*SD-Pressedienst
des Kantons Bern,
Nationalrat Bernhard Hess*

SD-Kreisrichter bestätigt

Aufgrund des guten Abschneidens der SD in den Ämtern Bern und Thun anlässlich der Grossratswahlen 1998 konnten die SD ihre beiden Kreisrichter behalten. Wir wünschen



*Hannelore
Flück, a.
Grossrätin,
Bern,*

und



*Erwin
Bettschen,
Stadtrat,
Thun,*

in ihrem Amt weiterhin viel Erfolg und Durchhaltevermögen.



Kanton Basel-Land



Baselbieter Gemeinde-Wahlen:

Schweizer Demokraten haben Bestand gut gehalten!

Die Gemeindevahlen vom 6. Februar 2000 erbrachten für die SD ein befriedigendes Resultat. Überall wurden die Schweizer Demokraten im Vorfeld zu den möglichen Verlierern gestempelt. Aber die SD konnten trotzdem in den zehn Gemeinden, in denen sie angetreten sind, durchschnittlich 6,5% aller Stimmen holen. Siegerin auch dieser Wahlen waren die SVP und etwas weniger die SP, aber die SVP fuhr bereits nicht mehr so fulminant ein wie bei den Landrats- und Nationalratswahlen.

Nach dem harten Baselbieter Wahljahr mit Landrats-, Nationalrats- und Gemeindevahlen steht fest: Die SD werden das sicher langsam abflachende SVP-Hoch überleben und können guten Mutes in die Zukunft blicken. Wichtig ist für die SD, dass sie nebst der aktiven 9-köpfigen Landratsfraktion auch in den drei grössten Baselbieter Gemeinden Allschwil, Pratteln und Reinach künftig in Fraktionsstärke arbeiten können. Einen riesigen Wahl- und Prestigegewinn erreichte Rudolf Keller bei den Gemeindekommissionswahlen in seiner Heimatgemeinde Frenkendorf.

Gutes Allschwiler Resultat

Mit der Abwahl von Bruno Steiger aus dem Gemeinderat mussten die SD rechnen, da vom Proporz- ins Majorzsystem gewechselt wurde. Und im Einwohnerrat spielte die SD-Fraktion ohne die ordnende Hand von Bruno Steiger in den letzten 4 Jahren nicht die Rolle, die sie hätte spielen können. Nun dürfte es besser werden. Die SD haben mit rund 8% (3 Vollmandate) der Stimmen wieder eine eigene Fraktion im 40-köpfigen Parlament: **Gewählt wurden Bruno Steiger, Max Amsler und Albert Styger.** Erster Nachrückender ist Jürg Wirz.

Reinach hat gehalten

Der SVP-Ansturm in Reinach fand zwar statt, aber die SD konnten mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten ihren Stimmenanteil von 8% (3 Vollmandate) halten. Zuerst wurden den Schweizer Demokraten nur 2,3% Stimmen bescheinigt. Erst nach einer Beschwerdeandrohung wurde das Wahlergebnis nochmals überprüft und siehe da, es kamen noch 9000 Stimmen für die SD hinzu.

Gewählt wurden Fraktionspräsident Werner Spörri, Peter Rentsch und Lukas Brodbeck. Erster

Nachrückender ist Roland Bächtold.

SD-Sensation in Pratteln

Mit nur 4 Kandidaten sind die SD in die Wahlen für den 40-köpfigen Einwohnerrat gegangen. Viele Leute haben wohl aus grosser Überfremdungsangst (34% Ausländeranteil) die mit 32 leeren Linien «garnierte» SD-Liste gewählt. **Fast 8% Stimmen** wurden erreicht, dies ergab **1 Mandatsgewinn, also 3 Vollmandate** und neu auch in Pratteln Fraktionsstärke.

Gewählt wurden Heinz Mattmüller, Max Schindler und Adrian Weibel. Nachrückender ist Armin Streit.

Leichter Verlust in Liestal

Die Stadt Liestal war schon immer ein schweres Pflaster für die SD. Während der letzten Legislaturperiode gab es mehrere personelle Wechsel, die ein kontinuierliches Arbeiten fast verunmöglichten. So ist es denn nicht verwunderlich, dass die 6köpfige SD-Liste von den beiden bisherigen SD-Einwohnerratsmandaten mit knapp 4% **Wähleranteil** nur eines ins Trockene brachte. **Bestätigt wurde Pascal Wyss.** Erstnachrückende ist Cornelia Wirz.

Rudolf Kellers persönlicher Grosse Erfolg

Bei den Wahlen in die 15-köpfige Frenkendorfer Gemeindekommission gewann die SD auf Kosten der SVP einen zweiten Sitz. **Die guten 16,1% hätten fast für einen dritten Sitz ausgereicht.** Rudolf Keller er-

hielt 700 Stimmen und holte mit grossem Abstand am meisten Stimmen der Kandidierenden aller Parteien. Ein SP-Landrat machte mit 548 Stimmen das zweitbeste Resultat. **Dann wurde auch Kellers Ehefrau, Rahel, mit sehr gutem Resultat gewählt.** Erster Nachrückender ist Roland Martin.

Knappe Verluste in Aesch und Münchenstein

Nur sehr wenig Stimmen fehlten in beiden Gemeinden, und wir hätten wieder je einen Sitz geholt. In Aesch machten wir 4,8% und in Münchenstein 5,0% aller Stimmen. Vielleicht klappts das nächste Mal. In den Gemeinden Oberwil und Therwil haben wir erstmals kandidiert und mit rund 4% der Stimmen achtbar abgeschlossen, aber keine Mandate geholt. Peter Brunners Gemeinderatskandidatur in Pfeffingen war ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt. **Die Leute sehen uns offenbar lieber in der Opposition.**

Wir danken allen 63 Kandidatinnen und Kandidaten, die sich auf unseren Wahllisten zur Verfügung gestellt haben. Einen grossen Dank verdienen auch die abtretenden Willi Müller, Cornelia Wirz, Heinrich Frey, Roland Oes und Jürg Wirz, sowie Wahlkampfleiter Dr. Franz R. Widmer, die viel viel Arbeit für unsere Sache geleistet haben. Auch die zahlreichen Spenden haben mitgeholfen, den Weiterbestand unserer Partei komfortabel zu sichern. Danke!

Parteilung SD-Baselland



Kanton Thurgau



Kantonsratswahlen 9. April

Wir bitten um die Unterstützung der SD-Liste (12) im Bezirk Weinfelden. An der JV-2000 wurden zwei kantonale Initiativen beschlossen. Die Einbürgerung an der Urne und das Kürzel «parteilos» auf den Wahlzetteln. So sollen viel mehr gute und einflussreiche Kandidaten gewonnen werden – ohne dass Nachteile für Geschäfte, Gewerbe oder Unternehmen zu befürchten sind (wir hatten gehofft, die Exekutive würde diese Möglichkeit auf unser Begehren hin einführen – vergebens!). Die Weinfel-

der SD-Liste ist Zeichen, dass wir da sind – aber an diesem Vetterli-System keine Freude haben. Hans Stalder, Christof Neuenchwander und Heinz Greminger haben unser Vertrauen in der Tasche! Werben wir für sie! In den anderen Bezirken sind nur jene zu unterstützen, die unsere Linie vertreten. Beachten Sie unsere SD-Empfehlungen.

Achtung: Alle Regierungsparteien sind für die miserablen, bilateralen Verträge...

Kantonale Parteilung

Bei den Regierungsratswahlen vom 13. März holte Willy Schmidhauser 15'492 Stimmen (8,2%).

Herzliche Gratulation zu diesem guten Resultat!



Kanton St. Gallen



Für eine neutrale Schweiz

Am 10. März 2000 führten die Schweizer Demokraten (SD), Sektion Wil, ihre ordentliche Hauptversammlung im Hof zu Wil durch.

Frei und unabhängig bleiben

In seinem Plädoyer erklärte der Präsident Hans Wohlwend, dass wir mehr für das orientierungslose Europa tun können, wenn wir unserer Geschichte treu bleiben und keiner Macht angehören. Denn unter Demokratie wird in einigen Ländern der EU nicht immer dasselbe verstanden. Sonst würde Österreich, das eine demokratisch gewählte Regierung erhalten hat, nicht von diesen boykottiert. Zudem ist Wohlwend der Meinung, dass unser Volk nur solange unab-

hängig bleiben wird, wie es gelingt, uns aus den internationalen Organisationen heraus zuhalten. Denn jede Einbindung unseres Landes sei es zur UNO, NATO oder EU wäre Gift und somit der Tod für unsere direkte Demokratie.

Wohlwend bleibt Präsident der SD Wil

Gemeinderat Hans Wohlwend wurde als Präsident wiederum einstimmig gewählt. Neu und als Vizepräsident in den fünfköpfigen Vorstand wurde Gemeinderat Marcel Haag ebenfalls einstimmig gewählt. Ebenso der übrige Vorstand bestehend aus Heidi Egli, Karteiführerin, Dora Wohlwend, Kassierin, und Marcel Camenzind, Aktuar.

Die Herren von und zu EU



Rudolf Keller,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Der Fürst von Liechtenstein

war noch vor kurzer Zeit ein glühender Befürworter der EU. Vor vier Jahren trat Liechtenstein vor allem auf des Fürsten Betreiben dem EWR bei. Aber schnell haben sich die Dinge gewandelt. **Schon kurz nach dem EWR-Beitritt Liechtensteins musste das Ländle feststellen, dass mit dem freien Personenverkehr immer mehr EU-Ausländer ins Land strömten. Deshalb beantragte man bei der EU, den EU-Einwanderungsmechanismus vorläufig wieder ausser Kraft zu setzen und die Einwanderungsschutzklausel für Liechtenstein anzurufen.** – Anmerkung: Wir in der Schweiz sollten deshalb nicht mit einer Zustimmung zu den Bilateralen EU-Verträgen denselben Fehler machen. – An den jüngsten Stellungnahmen des Fürsten merkte man, dass er nicht mehr so begeistert ist von den Segnungen dieser EU. Die EU und insbesondere Grossdeutschland meinen, dass man mit diesem kleinen Land machen könne, was man wolle!

Der Liechtensteiner Finanzplatz

ist ja allen Leuten als solcher seit eh und je bekannt. Liechtenstein lebt vor allem von Banken, Treuhandbüros und internationalen Finanzgesellschaften. Das ruft Neider, Profiteure und solche, die gerne befehlen, auf den Plan. Und plötzlich fühlte sich Deutschland berufen, schwerste Vorwürfe gegen den Liechtensteiner Finanzplatz in die Welt zu setzen. Die Quellen dieser Vorwürfe sollen aus deutschen Ge-

heimdienstkreisen stammen. **Jetzt verlangen die Deutschen von Liechtenstein gar die Aufweichung des Bankgeheimnisses.** Und EU-Gremien doppelten mit ihren dreisten Forderungen nach! Darauf hat nun der Fürst entschieden reagiert, er ist einen Schritt weitergegangen, klagte Deutschland wegen Verleumdung ein und erklärte Mitte Februar, **dass Liechtenstein eher aus dem EWR austreten würde, als dass es das Bankgeheimnis aufweiche. Recht hat er, der Fürst. Seine Einsicht kommt zwar etwas spät, aber immerhin. Jetzt erlebt er am eigenen Leib, wie totalitär die EU und ihre Führer sind.** Die Einmischungen der EU-Regenten werden immer dreister. Wenn es gegen kleinere Länder geht, meinen sie erst recht, dass sie tun, lassen und vorschreiben können, was sie wollen. Einige wenige Grosse massen sich an, in der EU den Tarif anzugeben. Und dieser Tarif ist sakrosankt. Das liechtensteinische Lehrstück sollte für uns in der Schweiz ein weiterer Grund sein, der totalitären EU-Gesellschaft nicht beizutreten und mit diesen «lieben Freunden» auch keine Bilateralen Verträge abzuschliessen.

Der Schlüssel von Wien

erlebt momentan auch harte Tage. Die EU-Unionsführer gehen frontal auf ihn und sein Land los, weil er mit der FPÖ eine Regierungskoalition gemacht hat. Eine regelrechte **Verteufelungskampagne** wird quer durch die Welt organisiert. Österreich steht unter Beobachtung. **Wieder einmal unter der Führung der Amerikaner**, aber auch in Australien, Portugal, Spanien, Argentinien, Israel, Deutschland, Frankreich, Belgien... – vielerorts **wird ein Österreich-Boycott gefordert.** (Aber wehe, in der Schweiz erlaubt sich mal aus aktuellem Anlass ein Politiker einen Boykottaufruf, dem geht man dann an den Kragen!) Botschafter werden aus Österreich abberufen, Österreichische Minister werden düpiert, Skiferien in Österreich werden abgesagt, die eigene Volksgruppe wird zum Auswandern aus Österreich aufgefordert und so weiter. **Man könnte meinen, in Österreich sei das Chaos ausgebrochen und es herrsche ein Verbrecherregime. Dabei hat sich diese neue Regierung in den ersten Wochen nicht das Geringste zuschulden kommen lassen.** Das ist offensichtlich egal. Die EU-Führer wollen dieser Regierung keinerlei Chance geben. Sie haben Kanzler Schlüssel aufgefordert, die Regierung sofort aufzulösen und wieder mit den verfilzten und abgetakelten Sozialisten zusammenzuspannen. Rassistisch sei die österreichische Regierung. Einmal mehr wird auf dieser Welt nicht mit gleichen Ellen gemessen:

Ich frage mich, warum hat die EU nicht protestiert, als es Anfang Februar in Spanien einen rassistisch motivierten Aufruhr gegeben hat? «Moralische Bedenken» schieben diese scheinheiligen EU-Führer vor. Und was ist mit den deutschen Koffermillionen? Was ist mit den bezahlten Flügen deutscher Politiker? Was ist mit Chiracs Freund Tiberi, bei dem auch nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein soll? Warum wurde akzeptiert, dass stalinistisch angehauchte KP-Minister in Frankreichs Regierung mitmachten? Und was ist mit dem sozialistischen Verfassungsratspräsidenten Roland Dumas aus Frankreich und der «lieben» ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidentin Edith Cresson, welche – so liest man – in Elf-Bestechungsfälle verwickelt sein sollen? Warum wurden die belgischen Kinderschänderfahndungen aus höchsten Regierungskreisen behindert? Was ist...? Was ist...? Was ist...?

Wir können nur feststellen, die EU wird immer totalitärer. Heuchlerisch, falschspielerisch, hinterhältig, unfair und unehrlich sind die anti-österreichischen Ausfälle der EU-Politiker. Bevor sie auf das kleine Österreich Dreck werfen, sollten sie ihren eigenen EU-Laden ausmisten!

Was für ein Wunder dagegen, dass unser Bundesrat Herrn Schlüssel trotzdem empfangen will!

Der böse Gianfranco aus Italien

muss auch ein schlimmer Politiker sein. **Da fühlte sich doch der deutsche Kanzler dazu berufen, festzuhalten, dass auch gegen Italien vorgegangen werden müsste, falls die Alleanza Nazionale (AN) von Gianfranco Fini in Italien mitregieren würde.** Offenbar weiss der Kanzler

nicht, dass Fini bereits früher einige Zeit mitregiert hat und dass es dabei keine Probleme gab! Fini und seine Partei seien Postfaschisten und deshalb zu ächten. Aber im Ernst kann doch heute niemand behaupten, Finis Partei sei eine faschistische Partei. Sogar der italienische Regierungschef – ein **ehemaliger Kommunist (das durfte man übrigens sein, das machte nichts!)** – verbat sich diese deutsche Einmischung, indem er feststellte, dass die AN eine demokratische Partei sei. Dies ist nur ein weiterer Beweis der arroganten, fast schon zaristischen Denkhaltung, die einige mächtige EU-Führer an den Tag legen. Und wenn es deutsche Führer tun, ist es umso problematischer.

Der bilaterale portugiesische Druck auf die Schweiz

ist auch eine Tatsache. Als die Schweiz nämlich die Bilateralen Verträge mit der EU aushandelte, **meldeten die Portugiesen Vorbehalte** wegen der schweizerischen Ausländerpolitik an. Sie wollten die Bilateralen Verträge nicht unterschreiben! Die Schweiz sei zu wenig offen – und wahrscheinlich auch zu wenig nett mit den portugiesischen Fremdarbeitern. **Auf diesen Druck hin gaben die schwachen Schweizer Unterhändler beim freien Personenverkehr nach und lockerten weiter.** Dies ist mit ein Grund, weshalb wir das Dossier des freien Personenverkehrs nicht akzeptieren können. Man kann nicht gerade sagen, dass wir in dieser Frage von der EU erpresst wurden, genötigt aber schon! Auf jeden Fall belegt auch dieses Vorkommnis, **dass die EU keine Organisation mit ausgeprägtem Demokratieverständnis ist.**

Darum steigen die Krankenkassen-Prämien!

Immer wieder wird dem einfachen Bürger eingeredet, die Prämien würden nun – entgegen den scheinheiligen Versprechungen der Madame Dreifuss von der angeblich sozialsten Partei dieses Landes (SP) – nur darum erneut und seit Jahren ansteigen, weil die Gesundheits- und Spalkosten eben gestiegen seien...

Genau das aber ist falsch! Praktisch niemand, auch im Spalkbereich nicht, hat in den letzten Jahren eine Anhebung der Saläre registrieren können. Im Gegenteil, viele Löhne und Spesen wurden in der Wirtschaft (auch im Medizinalbe-

reiche) laufend reduziert. Auch die Medikamente sind billiger geworden. Einerseits werden billigere Ersatzprodukte verwendet und andererseits mussten viel zu hohe Inlandpreise zurückgenommen werden. Dies gilt auch für den ganzen Bereich des Arzt- und Spalkbedarfs. Auch personell wurde in vielen Spalk- und Pflegebereichen eher abgebaut.

Das KVG hat viele Neuerungen gebracht, die auch im Zusammenhang mit den Menschenrechten zu sehen sind. So bezahlen wir mit den Krankenkassen viele Leistungen, von denen der Normalbürger keine

Die Schweiz ist ähnlich wie Österreich ein kleines Land. Müssen sich die Kleinen vor den Grossen der EU fürchten, besonders warm anziehen?

Ich fürchte, ja. Ich hätte das vor einem Jahr noch nicht so beurteilt und so gesagt. Aber jetzt glaube ich schon, dass kleinere Länder darauf vorbereitet sein müssen, dem Druck der Grossen Widerstand leisten zu müssen.

Aussenministerin
Benita Ferrero-Waldner (ÖVP)
in der Berner Zeitung
vom 8. März 2000

Ahnung hat. Seit Heroin als Heilmittel gilt, bezahlen Krankenkassen das Gift, die ärztliche Betreuung der Süchtigen und vieles mehr. Dazu kommen die vielen Aids-Fälle mit teuren Medikamenten und jahrelangen Behandlungs- und Betreuungskosten.

Entscheidend aber erscheint mir eine ganz andere Sache: Jeder Asylanter muss in eine Kasse aufgenommen werden. Das können pro Jahr über 60'000 Personen sein! Asylbewerber und Ausländer sind gemäss Kassenangabe aber sehr oft auch säumige Prämienzahler. Leider dürfen die Prämien nicht vom Lohn abgezogen werden. Da viele Asylanter in ihren Ursprungsländern minimalster medizinische Betreuung zahlen konnten, besteht in der Schweiz dann ein eigentlicher Nachholbedarf, der sich massiv auf die Kosten der Krankenkassen niederschlägt und zu höheren Prämien zwingt. Viele Asylanter reisen in die Schweiz und stellen Asylantrag, um hier dringend nötige Operationen ausführen zu können.

Andere kommen via KK und Asylstatus zu Medikamenten oder Zahnbehandlungen, die sie sonst nie bekommen hätten. Doch alle diese Aufwendungen, die dem Volke dank Zeichnung der Menschenrechte durch den Bundesrat auferlegt werden, muss jemand bezahlen. Was liegt da näher, als unsere alten Menschen damit zu belasten? Die haben ja ohnehin nicht mehr so hohe Ansprüche... und damit die Wahrheit nicht zu laut an die Öffentlichkeit getragen wird, drohen im Hintergrund UNO-Maulkorb mit Rassismusklagen und Diskriminierungsverboten. Bitte vergessen wir einen wichtigen Punkt bei der Betrachtung dieser Fakten nicht: Es sind Schweizer, die uns dies eingebrockt haben und täglich weiter einbrocken! Die Ausländer- und Asylanterheere nutzen nur die gebotenen Möglichkeiten. Bitte informieren Sie auch Ihre Freunde und Bekannten!

*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*

Skandalöser Presserat

Väter und Mütter dieses Landes haben gegen das Nazi-System gekämpft – wo andere (EU-Länder) längst aufgegeben hatten und halfen, ihre Juden gemäss den Anweisungen Hitlers zu verladen. Trotzdem versuchen Medien und Miteidgenossen immer wieder, die Schweizer Demokraten in die Nähe von Neonazis und Skins zu bringen. Schon mit den heutigen links/rechts-Zuordnungen wurden fragwürdige Weichen gestellt.

Nun hat ein einäugiger Presserat einmal mehr seine Ideale verraten. Er sollte nämlich in den eigenen Reihen für Wahrheit und Ethik sorgen. Er hat die Klage von SD-Präsident Willy Schmidhauser, 8506 Dettighofen, abgewiesen. Seine Begründungen sind mehr als fadenscheinig, ja regelrecht zum Heulen. Die beschworene Ethik in der Information und eine korrekte Berichterstattung werden mit diesem Spruch zugunsten eines fragwürdigen, ja unehrenhaften Journalistenverhaltens (einmal mehr) mit Schmutz beworfen. Es gibt also in unserem Lande keine Institution und keine Einrichtung mehr, die unparteiisch für die Aufrechterhaltung unserer Ideale und ethischen Grundsätze von Wahrheit und Gerechtigkeit eintritt. Diese einstigen Ideale unserer Demokratie sind regelrecht und sukzessive in den letzten Jahren zu Tode gebracht worden, weil sie den profitierenden und anti-nationalen Kräften im Wege stehen.

Die Stellungnahmen der SD Thurgau wurden konsequent als Leserbriefe eines Einzelnen dargestellt. Es waren aber Stellungnahmen einer Oppositionspartei, die man mit

Maulkorb und «Rechtsausen»-Titulierungen – natürlich in der Nähe von Neonazis – beim Volk zu besudeln und zu verunglimpfen sucht. Als ehrverletzend wurden Tatsachen in der SD-Stellungnahme an die Tagesspiegelzeitungen bezeichnet, die nichts weiter als Tatsachen sind. Viele Menschen im Thurgau können dies bezeugen: Wir meinen: Wenn Nazi-Lieder und -Fahnen verboten und bekämpft werden sollen, was die SD Thurgau ab solut unterstützt, dann sollen auch SR Onken, seine Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Thurgau aufhören, nach Anlässen die «Internationale» zu singen – eine «Landeshymne», die schon Marx, Lenin, Mao und viele andere Schlächter gesungen haben. Ebenso müssen unsere Linken an ihren Anlässen mit der Anrede «Liebe Genossinnen, liebe Genossen» aus den gleichen Gründen Schluss machen. Schliesslich haben wir Redaktor Haltiner aufgefordert, doch einmal an einer 1.-Mai-Demo für Ordnung zu sorgen! Da würden rote Fahnen (wie schon bei Marx, Lenin und Mao) herumgetragen, dazu Bildnisse von Stalin und anderen Schlächtern!

Wie gesagt, diese Tatsachen sind, gemäss Presserat, ehrverletzend und müssen von einem «anständigen» Journalisten gestrichen werden. Das hat Haltiner getan und Recht bekommen. Seit unserer Klage (es ist noch eine Verleumdungsklage hängig) boykottieren die gnädigen Herren Journalisten die SD Thurgau; Medienmitteilungen und Stellungnahmen werden nicht mehr gebracht. Wir sind im «Ostblock» – fehlt nur noch der

Meuchelmord an jenen, die diesen Betrug nicht decken wollen! Was aber können wir tun, wenn all die demokratischen und angeblich rechtsstaatlichen Sicherheitsventi-

le nicht mehr funktionieren? Ich glaube, wir müssen neue Wege suchen.

*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*

Rauschgift-Verbrecher

Der Sisyphus-Kampf der Polizei gegen die Drogenkriminalität

Der Kampf der Polizei gegen ausländische Rauschgifthändler gleicht trotz vereinzelter Erfolge einem Kampf gegen Windmühlen. Gerade in Zürich. Gerade in Bern. Gerade in Basel. Und, nicht zuletzt, gerade auf dem Land, wo die Drogen-Pest lange schon Einzug gehalten hat.

Der Drogenhandel in den teilweise immer noch offenen Drogenszenen in verschiedenen Städten und anderen Örtlichkeiten wird seit Jahren durch (häufig) minderjährige Dealer albanischer Abstammung und westafrikanischer Herkunft dominiert. Problematisch ist hier vor allem, dass aufgegriffene Ausländer immer wieder ihr Alter und ihre Herkunft verschweigen. Dies kann zur Folge haben, dass Polizisten dann bereits in aller Regel die Hände gebunden sind, zumal etliche ausländische Delinquenten, welche längst hätten abgeschoben werden müssen, sich nach wie vor in unserem Land befinden. Die Probleme im Zusammenhang mit der Rückschaffung beruhen zum einen auf gezielten Täuschungen über die tatsächliche Herkunft und Identität, zum anderen auf einer oftmals ungenügenden Kooperationsbereitschaft der in Betracht kommenden Herkunftstaaten, die Klärung der tatsächlichen Herkunft und Identität aktiv zu unterstützen und die für eine Abschiebung erforderlichen Heimreisedokumente auszustellen. Im Klartext dürfte dies bedeuten: Wer seinen Ausweis vernichtet, ist vor Abschiebung geschützt!

Gewiss werden unzählige Massnahmen ergriffen, bspw. mittels ärztlichen Untersuchungen das

wahre Alter ausfindig zu machen oder Strafverfahren wegen Falschbeurkundung einzuleiten, um dem Missstand entgegenzuwirken. Solche Anstrengungen dürften bei den betroffenen Straftätern lediglich ein müdes Lächeln auslösen, zumal ihnen die von Gesetzes wegen verhältnismässig zahme Behandlung durch die Behörden hinlänglich bekannt ist. Schliesslich ist es heutzutage kein Novum mehr, von linken und humanitätsduseligen Kreisen bei kleinsten Übergriffen ein Strafverfahren wegen Verstosses gegen das ARG zu riskieren; da werden Gesetzeshüter folglich zwangsläufig kapitulieren, wenn sie ihren Job auf Dauer behalten wollen.

Der Durchschnittsbürger versteht die Welt seit geraumer Zeit ohnehin nicht mehr. Verstösse gegen die Verkehrsordnung werden gnadenlos geahndet, Steuereintreibungen als Folge der immer grösser werdenden Abgabenlast des Einzelbürgers gehören zur Tagesordnung, aber Drogendealer können sich in Anbetracht der schwammigen Kriminalitätsbekämpfung nur ins Fäustchen lachen. Wenn auch irgendein ausländischer Drogendelinquent über längere Zeit inhaftiert werden sollte, wird er infolge des sogenannten «humanitären Strafvollzuges» auf geradezu paradiesische Verhältnisse stossen und in Bezug auf seine persönliche Zukunft mit grosser Wahrscheinlichkeit eins und eins zusammenzählen können. Für die Polizisten hingegen, welche von der Politik im Stich gelassen werden, bleibt ein aussichtsloser Kampf zu führen.

Hans Peter Riesen, Grossrat, Bern

E-Mails: Freund und Feind hört und liest mit

Die EU wirft den USA massive Spionage in E-Mails vor. Das war am 21. Februar in verschiedenen Zeitungen zu lesen. Eigentlich müsste ein Schrei der Entrüstung von den Reihen der E-Mailer ausgehen. Als Microsoft-Word-Anwender will ich hier meine Schreie loslassen. Offenbar sind sowohl unsere politische Elite wie die Medienführung und die Mediengurus noch nicht an einer breiten Diskussion interessiert. Im EU-

Parlament steht die Angelegenheit zur Debatte.

Wir Menschen, Organisationen und Staaten sind gläsern geworden. Kommunikation per Telefon, Natel, Telex, Fax oder Mail kann nicht mehr vertraulich geführt werden, denn es gibt eine Organisation, welche sich Zugang verschaffen kann.

Fortsetzung Seite 12

E-Mails: Freund und Feind liest und hört mit

Fortsetzung von Seite 11

Das NZZ Folio 7/98 stellte das Echelon-System vor, welches von der US National Security Agency (NSA) betrieben wird. Das NSA-Hauptquartier liegt in Fort Meade im Staate Maryland, wo in einer von hohen Elektrozäunen umgebenen, verbunkerten «schwarzen Stadt» 35'000 Personen an der Sichtung, Beurteilung, Registrierung und gezielten Verwertung von Informationen aus den «abgehörten» Daten arbeiten. 52 vernetzte Supercomputer betreiben den Datenklau weltweit nach Staubsaugerart. Militärische und wirtschaftliche Spionage, aber auch Schnüflei bei Einzelpersonen geschehen, ohne dass sich der Bundesrat dieser Bedrohung annehmen würde. Die Wirkung des Echelon-Systems kennt er längst. Trotzdem

haben Bundesrat und Parlament in der letzten Session Millionen-Kredite für das schweizerische «Satos 3» Abhörsystem gesprochen, welches seine Lauschangriffe ebenfalls auf alle elektronischen Kommunikationen ausdehnen will. Bundesrat Ogi betonte, man beteilige sich nicht am Echelon-System. (Wer's glaubt!)

Wenn Microsoft, Netscape und Lotus ihre Software so ausstatten, dass sie dem US-Geheimdienst den Zugriff auf E-Mails ermöglicht, sind nicht nur Unternehmen in ihrer Datensicherheit betroffen, sondern auch Personalcomputer-Besitzer. Dabei gibt es eine schweizerische Datenschutz-Gesetzgebung und auf allen politischen Ebenen Datenschutzbeauftragte. Man fragt, weshalb diese «Lämmer» schweigen. Also warten wir auf die Debatte im EU-Parlament!

Hans Steffen, a. Nationalrat,
Fischenthal

gaukeln uns zwar vor, wir könnten nach sieben Jahren darüber abstimmen, falls sich eine allzugrosse Völkerwanderung abzeichnen sollte. Jeder Realist weiss aber, dass eine solche Abstimmung illusorisch wäre.

Wenn wir also jetzt zu den bilateralen Verträgen ja sagen würden, ginge es uns genau wie der Maus, die sich sagte: «Am Speck riechen darf man ja», und schon wären wir in der EU-Mausefalle gefangen.

Karl Heinen, Wädenswil

AUNS – Jetzt reicht's!

Echo auf SD Nr. 2, Februar 2000

Willy Schmidhausers Aufruf, aus der AUNS auszutreten und sie mit einem Spendenboykott zu belegen, war schon längst fällig. Ob sich dieser der SVP nahestehende Verein aus Christoph Blochers Umfeld dadurch zu einem Kurswechsel bewegen lassen wird, ist jedoch fraglich, wenn man bedenkt, dass die SVP Regierungspartei ist und bleiben will. Somit geht sie mit den andern Bundesratsparteien Kompromisse ein, welche den um unser Land besorgten Bürgerinnen und Bürgern einen Schlag ins Gesicht versetzen. Diese Partei und die mit ihr ver-

wandte AUNS sind deshalb nicht glaubhaft, woran markige Reden vor volkstümlicher Kulisse und die alljährliche Albisgütli-Show mit Kavalleriemusik rein nichts ändern. Mit diesem patriotischen Gepolter versuchen sie die echte nationale Opposition zu vereinnahmen, um sie alsdann neutralisieren zu können.

Die SD haben mit dem Zustandekommen des Referendums gegen die bilateralen Verträge bewiesen, dass sie aus eigener Kraft zu grossen Taten fähig und deshalb nicht auf die finanzielle Hilfe falscher Freunde angewiesen sind.

Max P. Morf, Genf

Einbürgerungen: Schweizer Pass nicht zum Nulltarif

Für viele Schweizerinnen und Schweizer ist das Einbürgerungsverfahren in den Gemeinden umstritten und wirft nach wie vor reichlich Fragen auf, denn es ist erkennbar, wie bei vielen Gemeinden verschiedene Einbürgerungskriterien zur Anwendung gelangen. Nach meiner Auffassung darf von Einbürgerungswilligen erwartet werden, dass sie auch ausreichend eingegliedert sind, unsere Sprache sprechen, unsere Zeitungen lesen und verstehen können und auch bereit sind, am kulturellen und sozialpolitischen Leben unseres Ge-

meinwesens aktiv teilzunehmen. Die Erfahrung hat aber leider gezeigt, dass die Eingebürgerten diesen Mindestforderungen nur selten nachkommen, und das ist, so meine ich, für ein vertrauensvolles Zusammenleben nicht gerade förderlich. Einbürgerungen zum Nulltarif darf es einfach nicht mehr geben. Es ist unabdingbar, dass sich die Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton schnellsten zu einem strengen Anforderungsprofil für die Einzubürgernden aufraffen.

Walter Lienhard, alt SD-Grossrat,
Buchs

Mit Morgenstern und Ketten säge gegen Einbrecher?

So lautete die «Blick»-Schlagzeile am 28. 2. 00. M.E. sind das durchaus keine «Spinner» in der «Bürgerwehr von Ebikon», wie dies Hans-Ulrich Helfer daherplappert. Das tut er, weil er sich des Ernstes der Lage – in der sich das Schweizervolk heute, angesichts der Invasion von nicht hierher gehörenden Immigranten befindet – nicht bewusst zu sein scheint. Diese Männer in der «Bürgerwehr von Ebikon» tun das, womit eigentlich unsere feige und unfähige Landesregierung beschäftigt sein sollte. Solche Bürgerwehrangehörigen verteidigen nämlich ihren lokalen Bereich – sich und ihre Mitbewohner

– nach bewährter eidgenössischer Weise selber, weil das die pflichtvergessene Regierung nicht mehr tut und vollziehen damit das Selbstverständliche, das ein noch gesundes und intaktes Volk zu leisten hätte – natürliche Selbstverteidigung! Aber eben: Wir werden heute schon zum Gespött des gesamten Mittelmeerraumes, des Orients und Afrikas, ja der ganzen übrigen Welt. Wer sich nicht mehr verteidigt – und sei es mit dem Morgenstern in der Hand – verliert die Achtung des Auslandes und... sein Heimatland an die Feinde!

Theo Häusermann, Basel

**Wo bleibt die Fairness?**

Gegen Schweizer Demokraten und Lega wird bereits vor dem eigentlichen Abstimmungskampf mit «journalistischer Stimmungsmache dem Leser eingetrichtert, dass die Gegner der bilateralen EU-Verträge mit falschen Behauptungen eine Polemik lostreten werden, um in der Bevölkerung Ängste zu schüren». Die Verfasserin dieses

Kommentars, Karin Burkhalter, identifiziert sich offenbar bereits mit den demokratie feindlichen Machenschaften der EU als allein seligmachend und setzt diese hemmungslos in ihrem Kommentar in der BZ-Titelseite vom 4. Februar 2000 unter die Leser. Wo bleibt denn da die Fairness?

Dieter Beyeler, Bern

Die bilaterale EU-Mausefalle

Das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU beinhaltet, dass nach wenigen Übergangsjahren der absolut freie Personenverkehr ohne jegliche Schranken Tatsache wird. Weil das Schweizervolk genau das nicht wollte, hat es seinerzeit den EWR abgelehnt. Somit müssen wir auch zu den bilateralen Verträgen NEIN

sagen. Die EU-Gewaltigen in Brüssel haben beim Dossier Personenverkehr ausser gestuften Einführungsfristen absolut keine Konzessionen gemacht. Dadurch zeigt die EU klar ihre unehrliche Absicht, uns über die Hintertür in die EU hinein zu vergewaltigen. Die Euro-Turbos in Bundesrat und den Parteien SP, FDP und CVP



La Colonisation de l'Europe



Guillaume Faye sort un livre choc intitulé «La Colonisation de l'Europe». Il y démontre que «plus que d'immigration, il faut parler de colonisation massive de peuplement de la part des Africains, des Maghrébins et des Asiatiques, qu'en parallèle, l'islam entreprend une conquête hostile de l'Europe, (ndlr. supportée par des conférences ou des lettres de lecteurs affirmant leur ouverture à la démocratie occidentale et par des articles de désinformation machiavélique pour neutraliser ou endormir les opinions publiques, avec la complicité de journalistes sympathisants ou eux-mêmes musulmans, à qui nos journaux ouvrent leurs colonnes), que la délinquance des «jeunes» n'est que le début d'une guerre civile ethnique, que nous sommes envahis autant par les accouchements d'étrangers dans nos cliniques que par des clandestins franchissant des frontières poreuses; que pour des raisons démographiques, un pouvoir islamique est en train de s'installer en Europe en commençant par la France.»

Guillaume Faye a compulsé dans son livre les dangers et les peurs qui

se développent autour de nous. A nos portes, la délinquance augmente de jour en jour et nos policiers sont trop souvent dénigrés par des individus gauchisants mieux écoutés que les dénonciations et revendications des victimes, Il n'y a qu'à voir les soins intensifs accordés aux prisonniers tant du point de vue médical, que psychique et physique. Sur un plan plus général, prenons en compte les massacres actuels en Tchétchénie peuplée de musulmans terroristes selon Moscou orthodoxe, et la révolte des chrétiens en Somalie qui refusent l'instauration de la charia islamique dans tout le pays. La colonisation passée s'est faite par les Européens au nom de la religion chrétienne souvent imposée par la force. Aujourd'hui, elle se fait par l'immigration incontrôlée des peuples aux ethnies différentes apportant en plus, leur foi et religion musulmane. Au Kosovo puis à Mitrovica, n'est-ce pas la guerre des religions: Serbes orthodoxes aidés par des forces chrétiennes américano-européennes. contre des populations albano-kosovars d'obédience islamiste?

Le Jihad se concrétise en Afghanistan par les Talibans qui écrasent les femmes, par un Ben Laden qui s'attaque à Oklahoma Centre aux USA, action et réaction en Irak dont la population musulmane meurt à petit feu à cause des mesures de rétorsions de la part des judéo-chrétiens anglo-saxons et américains; la haine qui bouillonne

en Bosnie, ou en Palestine, les attaques incessantes entre Hezbollah, Libanais et Israéliens.

J'aimerais faire une parenthèse afin de prouver que des inimitiés religieuses qui ont traversé l'histoire du monde n'ont pas été seulement islamico-chrétiennes mais inter-chrétiennes, ce qui a influencé très fortement les séparations ethniques, les scissions internes, les exils forcés. Aujourd'hui encore pas si loin de nous, la guerre irlandaise recommence entre catholiques et protestants. Il n'y a rien de pire que la haine religieuse qui rend aveugle et fou, ravalant l'homme à l'état de bête enragée.

Vu ces antécédents, il est presque normal que les fous de Dieu se croyant investis d'une mission divine, essaient par tous les moyens à évangéliser les incroyants. Et quoi de mieux que la propre tactique: coloniale utilisée par ces envahisseurs blancs, souvent auréolés de saintes convictions? Pourquoi donc l'Europe qui se veut au-dessus de tout du haut de ses Droits de l'homme, ne réagit-elle pas? Pourquoi laisse-t-elle s'installer tant de musulmans parmi nous? Nos dirigeants ont-ils la mémoire si courte? Les destructions et massacres inhérents à des convictions religieuses différentes sont-ils éradiqués de nos mémoires?»

Le chaos ethnique qui s'aggrave risque d'abolir notre civilisation européenne et ailleurs stoppera les progrès qui s'amorcent. Ce qui se passe est plus grave que la chute de

l'Empire romain. Ce gigantesque complot contre l'Europe est probablement organisé par les forces occultes mondialistes (Trilatérale, Pilgrim Society, Bilderberg, ME-DEF, TARD, TPN, IFRI, ERT, Kissinger associates, Fabian, Loges francmaçonnes B'nai B'rith en tête et j'en passe) dont font partie tous les chefs d'Etat (qui n'ont reçu l'investiture que grâce à leurs mentors), les présidents des banques et des multinationales (dont les OPA sont planifiées pour diriger le commerce planétaire), mais dans quel but?(A suivre)

Mary de Seimners

Ce ne sont que des statistiques bien évidemment...

Soyons très précis: il y avait, le 6 juillet 1999, à minuit, 298 détenus (dont 22 femmes) à la prison genevoise de Champ-Dollon. Sur ces 298 détenus, il y avait 39 Suisses (de onze cantons) et 259 étrangers (venus de 52 pays). Parmi les nations les «mieux représentées», on trouve:

- 39 ex-Yougoslaves (38 Kosovars et 1 Serbe),
- 37 Albanais,
- 30 Français,
- 16 Algériens,
- 12 Portugais,
- 10 Espagnols,
- 9 Guinéens,
- 7 Marocains,
- 7 Colombiens, etc.

Arguments contre les accords bilatéraux

«Seul un NON empêchera le Conseil fédéral et le Parlement de réaliser promptement le but déclaré de l'adhésion à l'UE». En liant les sept accords selon le principe du «tout ou rien», l'UE, forte de sa taille, impose au petit pays qu'est la Suisse des coûts élevés et des inconvénients majeurs.

Nos autorités ont mené les négociations bilatérales comme s'il s'agissait d'une étape préliminaire à l'adhésion à l'UE. Le résultat est donc forcément mauvais! Si nous acceptons des accords aussi défavorables, l'UE (cf. l'Autriche) en déduira une fois encore que la Suisse est prête à se soumettre. Les accords limitent notre liberté d'action dans les domaines social, environnemental et agricole et dans les

domaines des transports et de l'emploi. Ouvrir le petit marché suisse aux acteurs de l'immense marché européen apportera peut-être certains avantages à une minorité, mais sera préjudiciable à la très grande majorité de la population.

Marchés publics: la concurrence des fournisseurs étrangers vendant à bas prix menacera le commerce et l'artisanat locaux; les collectivités (commune, canton) n'auront plus le droit de protéger leurs citoyens et leurs contribuables.

Libre circulation des personnes: il faut s'attendre à un afflux de main-d'œuvre (attirait de la Suisse) et, par conséquent, à une lutte plus vive pour l'emploi et pour les salaires. Les plus durement touchées

seront les personnes socialement démunies et la classe moyenne. Et les mesures d'accompagnement n'y changeront rien. Dans le domaine des prestations sociales (caisses-maladie, AVS-AI, AC), il y aura inévitablement hausse des primes et baisse des prestations, et la TVA augmentera.

L'Accord sur l'agriculture ruine les petites et moyennes exploitations. Dans l'UE, on le sait, la mort de la paysannerie est programmée. La qualité, que personne ne peut payer dans l'espace européen, ne sauvera pas les exploitations. L'autonomie de la Suisse en matière d'approvisionnement sera donc compromise.

Transports terrestres: la Suisse deviendra le pays de transit le meilleur

leur marché. Le Conseil fédéral s'attend lui aussi à une invasion de poids lourds. Notre pays verse des milliards de francs à cause de la politique des transports irrationnelle et peu écologique qui prévaut dans le marché intérieur, pour l'entretien des routes et pour les subventions visant à financer le transfert du trafic de la route au rail. L'accord viole l'article constitutionnel relatif à la protection des Alpes. L'augmentation du nombre d'accidents et de la pollution met en danger la santé des hommes et des animaux et menace l'environnement.

Les accords sont inutiles: aujourd'hui, la Suisse n'est pas isolée. Elle a, au contraire, avec le monde entier et avec l'UE des échanges soutenus consacrés par d'excellents accords. Notre économie est florissante.»

Elargissement de l' UE

Que la très catholique Pologne se presse aux portes de l'Union européenne, c'est normal et surtout logique. Il reste au cœur des Polonais d'amers souvenirs de l'occupation communiste et les séquelles d'une guerre atroce n'ont pas encore fini de ravager les esprits. Ah! Il est loin le temps des croisades où les chevaliers teutoniques accompagnaient les soldats du roi Zygmund pour guerroyer en Terre Sainte! Mais il n'est pas si loin le sacrifice des combattants de l'armée Anders morts à Monte Cassino! Et encore plus proche, les séquences des exactions soviétiques balafrent encore rues et mémoires. Alors, l'union faisant la force, mieux vaut se rapprocher des Européens chrétiens malgré leur égoïsme et leurs défauts, ce sera toujours beaucoup mieux que de rester seuls devant l'Ours russe qui abrite sous un air démocratique mafieux, des veilliétés d'annexion. Les guerres en Yougoslavie et celle de la Tchétchénie sont là pour que les souvenirs ne meurent pas. Le credo du président Vlacav Ha-

vel est clair: «L'UE doit s'élargir aux démocraties nouvelles et se doter d'une constitution ponctuant une réflexion sur les valeurs qui l'unissent et confèrent un sens à son existence» Il ajoute que l'Europe doit réfléchir sur l'ambiguïté de sa contribution au monde, le développement de la science et de la technique ne s'accompagnant pas d'un pillage des ressources mondiales et luttant contre la pollution de l'atmosphère.

Vlacav Havel parle pour ne rien dire et son message presque parfait montre des relents de langue de bois. Voeu pieux! L'Union européenne est loin de l'ouverture dont elle se gargarise et du miroir aux alouettes qu'elle fait briller devant les yeux des dirigeants des pays de l'Est. Outre son totalitarisme avéré, l'UE n'a-t-elle pas à Bruxelles le gouvernement le plus corrompu d'aujourd'hui? Infiltrée par les lobbies du mondialisme, elle vilipende des milliards dans des super-salles de bains attenantes aux bureaux de ses employés, elle verse des salaires mirobolants plus frais

de déplacement à ses fonctionnaires, elle n'interdit pas la cliasse comme il se doit, elle verse des prébendes à certains gros fournisseurs mafieux, elle ne surveille pas les agissements d'une Edith Cresson et de sa commission, elle ne contrôle pas les demandes de subventions agricoles des pays du sud qui trichent sur leur production, et l'on peut se demander ce qu'il adviendra des fonds destinés aux pays demandeurs acceptés sur la ligne d'arrivée et qui, comme la Pologne, la Tchèque, la Slovaquie, la Hongrie et la Bulgarie, ont le 60% de leurs populations qui sont paysannes et possèdent des terrains ouverts à la chasse, puisqu'il n'y a presque aucun propriétaire privé qui peut protéger ses bois et ses champs par des panneaux d'interdiction comme maintenant c'est heureusement le cas en France.

Ces pays ne voient pas le revers de la médaille. Elle ressemble comme deux gouttes d'eau à la bureaucratie soviétique: interdictions surfaites et partiales, demandes et permissions à la tête du client, pots de vin, oukases odieuses, paiements usuriers à la caisse centrale au détriment des citoyens, retards des

aides du FMI, et futures participations aux remises de dettes du tiers monde. A cela s'ajoutera l'obligation de recevoir un pourcentage de réfugiés de toutes couleurs, puisque le plan de colonisation européen est en marche. Ces pays s'apercevront très vite qu'ils ont échangé un cheval borgne contre un aveugle.

Mais il n'est pire sourd que celui qui ne veut entendre! Les populations mal informées se laissent faire par des dirigeants appartenant presque tous aux différentes sociétés occultes internationales et francmaçonnes dont nous avons parlé dans notre article sur la colonisation de l'Europe. Qui vivra verra comme dit la chanson.

Charlotte Morel, Vernier



Heure des questions du 13 mars 2000

Hess Bernhard. Interdiction d'entrée pour Sahra Wagenknecht (SED-PDS)

L'oratrice officielle lors de la fête du 1er mai 2000 à Zurich sera Mme Sahra Wagenknecht. Celle-ci déploie avec cynisme la chute du Mur et prononce des discours élogieux sur la RDA, cet Etat qui bafouait le droit et qui a heureusement disparu

aujourd'hui. Comme on le sait, la RDA plaçait des tirailleurs à ses frontières, et (contrairement à l'Autriche!) ne connaissait ni liberté de la presse ni liberté d'opinion. Mais le plus intolérable, c'est l'éloge que fait Mme Wagenknecht du régime stalinien. Cette gauchiste exaltée minimise en toute conscience le régime contraire aux droits de l'homme en vigueur sous Joseph Staline. Le Conseil fédéral ne s'indigne-t-il pas non plus que l'on autorise une personne minimisant l'Holocauste perpétré par les communistes à prendre la parole en public sur le sol suisse? Le gouvernement de notre pays ne devrait-il pas prendre clairement position contre les extrémistes toutes tendances confondues et donc interdire à Mme Sahra Wagenknecht d'entrer en Suisse?

Hess Bernhard. Contournement de la procédure d'asile par le biais de «l'admission provisoire»

En décidant d'admettre à titre pro-

visoire 13'000 requérants du Sri Lanka (mais aussi d'ex-Yougoslavie) en Suisse depuis des années, le Conseil fédéral a en apparence, réglé un problème, tout en ouvrant la voie à de nouvelles difficultés. En effet, une augmentation de la pression migratoire en provenance des régions favorisées par cette décision est d'ores et déjà prévisible.

Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas lui aussi que cette mesure viole la loi sur l'asile en vigueur et que la procédure d'asile est ainsi vidée de sa substance? Ne craint-il pas que les requérants d'asile n'entraînent dorénavant le traitement de leur demande en taisant leur identité ou qu'ils ne le rallongent volontairement par le biais de multiples recours? De telles mesures «humanitaires» ne vont-elles pas encourager tous les autres requérants d'asile à faire durer leur procédure le plus longtemps possible, puisqu'ils auront ainsi de bonnes chances d'obtenir un permis de séjour?

Comparaison n'est pas toujours raison

En critiquant l'accueil réservé à Madame Benita Ferrero-Waldner par notre ministère des Affaires étrangères sans avoir, dans la même perspective, agi de même pour les réceptions faites aux délégués de pays communistes totalitaires comme ceux de la Chine, de Cuba, d'Israël ou de la Russie, prouve l'immaturité politique qui règne au sein des gouvernements occidentaux actuels. Pour vous prouver la pèrti-

nence de cette remarque, je voudrais souligner les points communs qui unissent encore aujourd'hui les sociaux démocrates européens aux communistes anti radicaux et anti-populistes.

1. Une attitude intransigeante vis-à-vis de ceux «qui ne pensent pas comme nous» Lenine disait: «Si tu n'es pas avec moi, alors tu es contre moi, donc mon ennemi.» Où est

la liberté d'expression du chapitre 19 des Droits de l'Homme?

2. Tu portes une chemise brune, alors tu as la peste. Revêts une tunique rouge qui est à la mode neo stalinienne communautaire.

3. Ta bible doit être celle des articles du code pénal qui luttent contre l'antisémitisme et le racisme et qui ressemblent furieusement aux muselières stalinienne interdisant la pratique de la foi, la liberté

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

de vote et d'expression, le terrorisme intellectuel et la critique de l'Etat.

4. D'énormes fonds bancaires sont gérés dans un seul organisme, sans aucun contrôle public selon la pratique étatique de l'ex URSS. (La Russie change, l'UE reprend les copies.)

5. La concentration des pouvoirs de décision de l'UE se trouve en une seule organisation semblable à l'ex SEJM stalinien qui avait comme tâche première d'enlever toute souveraineté aux pays, villes et campagnes.

6. L'UE applique avec bonheur la bureaucratie étouffante, lente et mafieuse qui caractérisait l'URSS avant l'écroulement du mur, et qui se remet lentement en place à Mos-

cou, ce que refusent la Suisse et la Norvège sises en Europe.

7. L'ostracisme vis-à-vis de tous les pays et tous ceux qui ne levaient pas le poing, qui ne pratiquaient pas la lutte des classes et qui n'appliquaient pas la pensée unique de Lenine, étaient cloués au pilori, rejetés, boycottés, arrêtés détruits. Est-ce aussi une des préoccupations majeures de l'UE?, Belle méthode en vérité!

Question: L'Union Européenne prend elle comme modèle le système communiste qui a ses yeux incarnait le mieux la mainmise sans partage d'un pouvoir absolu? Est-ce cela le nouveau code (d'honneur!) du Nouvel Ordre Mondial?

Maria lubicz Meissnerowa, Vernier

Le Pilori

Le Mot Pardon vilipendé

Année 2000, année du pardon

Demander pardon urbi et orbi, demander pardon aux uns et aux autres qu'ils soient de gauche ou de droite, que ce soit pour des actes répréhensifs ou des commentaires acerbes et mensongers, s'excuser à la télévision pour avoir violé et assassiné une petite fille ou sa propre mère, s'excuser pour ne pas avoir prévu un crash d'avion ou de train en invoquant des défauts techniques ou une erreur humaine, se frapper la poitrine en implorant la clémence des juges ou des bourreaux, voilà ce que nous réserve l'année 2000 qui restera le symbole du pardon.

Pour beaucoup d'entre nous, le mot pardon ne restera qu'un mot, et pour ceux qui le demande, cela ne coûte rien. Engoncé dans les jeux de bourse et de l'économie à tout prix, le pardon est devenu un enjeu important dans la mise en place des intérêts mondiaux et de l'argent qui n'a ni odeur, ni état d'âme. La télévision et la presse se gargarisent de repentir.

Alors la pardonite ravage les cerveaux, présentement ceux des socialistes qui obligent OGI un membre UDC fédéral, à demander pardon à Blocher, un copain de parti, parce que l'UDC a comparé le socialisme au nazisme. Dans ce cas, la soussignée va exiger de Me Lalive que l'a traitée de nazi dans les quotidiens romands lorsqu'elle était présidente de l'Action Nationale à Genève, de s'excuser car je n'ai ouvert aucun camp de concentration dans mon jardin jusqu'à ce jour) et les Démocrates Suisses (ex Action Nationale), La Lega, le parti des Automobilistes et les ex membres de Vigilance, auront le droit d'exiger le pardon du parti socialiste et de ses présidents pour les avoir traités de nazis depuis 25 ans dans tous les médias.

En Suisse il n'y a jamais eu de nazis, ni de fascistes, il y a une race

têtue de montagnards qui vivent libres dans leurs montagnes, et Adolf Ogi fait partie de cette race là.

J'espère que le président de la Confédération ne s'abaissera pas à s'impliquer dans des polémiques partisans et qu'il gardera son pardon pour le Créateur d'un monde que nos politiciens inconscients sont en train de détruire.

L'attentat de Louxor

Louxor n'est pas au Canada où un avion de Swissair s'est abimé dans la mer. L'Egypte n'a pas les avocats retors et malins américains qui réclament des dommages et intérêts pour les malheureuses familles! Alors faut-il reprocher à ces nombreuses victimes d'Hatchep-sout d'être mortes au mauvais endroit, au mauvais moment? Qui alors leur demandera pardon?

Les Africains se réveillent

Les descendants des bois d'ébènes arrachés à leur terre natale et expédiés comme une vulgaire marchandise dans les cales de bateaux négriers sont en train de s'organiser pour demander des comptes à ceux qui ont profité de leur travail et de leur sueur, à ceux qui pour du fric, les ont exploités jusqu'à la mort. Les Africains ont le droit, aujourd'hui, en cette année du pardon, d'exiger de tous les pays colonisateurs et récipiendaires de la main d'œuvre africaine, qu'ils se mettent à genoux pour leur demander pardon. Ce sera difficile, quasi impossible, quand on voit l'arrogance des Américains refusant ce pardon à leurs propres Indiens qu'ils confinent dans leurs réserves, typique attitude de l'usurpateur qui se base sur le droit du plus fort (Tâche insurmontable puisque basée sur une reconnaissance directe que je considère personnellement comme un crime contre l'humanité incompressible au même titre que l'Holo-

causte). Tâche plus que difficile pour ce peuple dominateur surtout quand on voit que les Français, eux aussi, se considèrent comme l'avant-garde du mondialisme européen à Bruxelles et Paris et refusent aujourd'hui de reconnaître le génocide arménien, sans y ajouter une demande de pardon, dans le seul but d'égaliser les chances de réhabilitation. C'est la preuve qu'une hypocrisie générale se cache sous ce simple mot PARDON.

L'Afrique à l'ombre du Pentagone

Le fait inavoué des Etats Unis, c'est l'insertion de l'Afrique dans le commerce mondial tel qu'ils se l'imaginent et la défense des intérêts des multinationales notamment américaines et canadiennes. Evincent les Européens de l'Afrique pour avoir accès encore plus facilement à ses immenses richesses minières, surtout au Congo est un

vieux rêve américain. Il ne leur suffisait pas d'avoir construit leur empire sur les cadavres des Africains, ils veulent encore envahir leur pays d'origine.

Ceci se fait par Africains interposés comme au temps de la guerre froide mais il ne s'agit plus d'idéologie politique, mais d'une simple question de business. Pour ce faire, des commissions diverses suggèrent des comportements sociaux plus équitables, diminution de ventes d'armes, développement de la démocratie, (Démoncrassie) remise de toutes les dettes «militaires», augmentation de l'aide au développement, etc. C'est pour arriver à leur fin, que les futurs maîtres des mines, fomentent des gueguerres au Congo, en Erythrée, au Sénégal, en Angola, en Afrique du Sud par criminalité interposée, au Rwanda-Burundi et ailleurs sous couvert de djihad, charia ou christianisme.

OCTOPUS

Concerne la dénomination des animaux dans la loi

La peur des mots



Nous vivons une époque étrange qui suit aveuglément certaines tendances que ce soit dans l'alimentation, la pensée unique ou le langage. Le communisme avait instauré une langue de bois qui a fait ses preuves pendant plus de soixante dix ans, musant les populations et empêchant la liberté d'expression de la presse ou du corps diplomatique. La langue de bois signifiait «parler pour ne rien dire», donc laisser les choses en l'état.

Concernant le terme «choses» au lieu «d'êtres vivants» pour les animaux, il est clair que ce terme fait peur, car cela impliquerait l'obligation légale d'adapter trop radicalement un comportement plus humain vis-à-vis des animaux.

Une chose peut être impunément transportée dans d'horribles conditions d'entassement, de froid ou de chaleur torride. Si l'animal devient un être de chair et de sang, une entité qui souffre, saigne, se souvient et aime passionnément jusqu'à la mort, il sera impossible de garder des poules en batterie, des oies et des cochons embastillés pour l'engraissement, et dans certains pays, des chiens ou des chats élevés pour leur viande ou leur peau. Et les autres animaux à fourrure qui se gèlent les pattes en hiver pour augmenter la qualité de leurs poils devront changer d'habitat. La vivisection devra prendre des mesures restrictives de découpages sans

anesthésie, d'énucléages sans ménagement ou d'essais aéronautiques parfaitement incohérents.

N'oublions pas les chasseurs de palombes en France ou les contrebandiers en Afrique et en Asie, ni les dépeceurs de bébés phoques en Norvège, ou les mangeurs de cervelles de singes vivants en Chine qui devraient freiner leur fringale boulimique ignominieuse.

Il y aurait lieu de surveiller non seulement les pétroliers assassins, mais aussi les inconscients infantiles qui jettent leurs poubelles remplies de plastique dans les Océans, provoquant l'étouffement des mammifères marins et polluant le fond des mers et leurs magnifiques coraux.

Pour toutes ces raisons, les animaux resteront des choses partout dans le monde et naturellement en Suisse qui veut se conformer aux normes universelles, même si ces choses provoquent la maladie de Kreutzfeld-Jacob, l'agressivité meurtrière engendrée par de trop forts taux d'adrénaline dans la viande des animaux de boucherie tétanisés par la peur avant les abattages rituels ou dans les abattoirs légaux, même si les résultats de la vivisection provoquent des hécatombes d'enfants difformes (talidomide par exemple ou autres vaccins essayés positivement sur des souris) ou les horreurs à venir par le tripatouillage génétique.

Il y aura des pétitions, des référendums ou même des initiatives qui conduiront probablement à un changement de mots dans la loi, mais on oubliera le fond pour se fournir une bonne conscience en se basant sur la forme maléable à merci.

Mary Meissner, Genève

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Nun legt uns die EU selber das Nein in den Mund

Die Ereignisse in Österreich zeigen deutlich, dass die EU in ihrer heutigen Form nicht bereit ist, die demokratische Souveränität ihrer Mitgliedsländer zu respektieren. In Zukunft soll es in Europa nur noch nationale Regierungen von Brüssels Gnaden geben. Mit der Einmischung in die Regierungsbildung in Österreich beweist die EU, dass sie nicht bereit ist, Kurs auf Demokratie und Föderalismus zu nehmen. Bis heute fehlen der EU alle wesentlichen Merkmale echter Demokratie: Gewaltenteilung, Gesetzgebung in einem öffentlich kontrollierbaren Parlament und durch das Volk gewählte Behörden.

Eine Organisation, welche die europäischen Demokratien durch eine neofeudale Struktur ersetzen will, die völkerrechtswidrig Offensivkriege führt und militärisch aufrüstet, hat keine Legitimation, sich als Hüter demokratischer Ideale aufzuspielen. Die Strafandrohung der Grossmacht EU gegen das kleine neutrale Land Österreich lasst erahnen, wie die EU in Zukunft mit neutralen Kleinstaaten wie der Schweiz umzugehen gedenkt. Wenn schon die repräsentative Demokratie dieser «kleinen neutralen Zwerge» dermassen verächtlich behandelt wird, wie werden da erst die schweizerischen Volksrechte unter die Räder kommen!

Vor diesem Hintergrund erhält das Zustandekommen des Referendums gegen die Bilateralen Verträge für unser Land eine herausragende Bedeutung. Das Gesamtpaket der 7 Verträge ist zum Nachteil der Schweiz. Es widerspiegelt ebenso wie die EU-Einmischung in Wien das David-Goliath-Verhältnis. Darauf zu hoffen, dass mit einem Ja zu den Verträgen ein Beitritt auf Jahre hinausgeschoben werden kann, ist trügerisch. Nur ein klares Nein bei der Referendumsabstimmung am 21. Mai 2000 wird den EU-Beitritt für die nächsten Jahre verhindern können!

Leserinnen und Leser fragen – unsere Redaktion antwortet:

Wie demokratisch ist die EU?

Nach den fatalen Boykottandrohungen der EU gegenüber Österreich müssen wir Schweizer uns in der Tat fragen, ob sich die Europäische Union zu einem Machtblock entwickelt, in dem sich der Stärkere skrupellos durchsetzt.

Demokratie als Aushängeschild

Das heute in den europäischen Staaten vorherrschende politische System könnte man in Anlehnung an jüngste, bereits der Geschichte zugeordneten Modelle, als «real existierende Demokratie» bezeichnen. Die Demokratie ist dabei nur noch das Aushängeschild für eiskalt berechnende, machtbesessene Lobbys, welche die nationalen Regierungen schon lange im Griff haben, wie bereits vor Jahren der bislang älteste Europapolitiker, Dr. Otto von Habsburg, aufgezeigt hat, und die inzwischen auch nach der EU gegriffen haben. Habsburg umschrieb diese Kategorie von Machtmenschen mit «Bürokraten» und «Technokraten».

Ihre politischen und logistischen Strukturen haben sie in den Sozialistischen Parteien Europas. Nicht aus ideologischen, sondern aus praktischen und strategischen Gründen. Sie haben mit dem Sozialismus weltanschaulich wenig bis nichts zu tun, da ihre eigenen Vorstellungen und Absichten vielmehr grosskapitalistisch sind. Die Sozialdemokratie bietet sich ihnen aber als das zur Zeit für sie brauchbarste Instrumentarium zur Machtausübung und Machterhaltung an. Da bereits fast alle europäischen Staaten sozialdemokratische Regierungen haben oder von ideologisch gleichgeschalteten Linksparteien regiert werden, ist es ihnen möglich, ihre eigene «Werteordnung» ganz EU-Europa überzuziehen und sich so «untertan» zu machen. Man kann dies als einen Teilaspekt der angestrebten «One world» (Eine Welt) sehen.

Nun ist der für sie beinahe schon undenkbar gewordenen Fall eingetreten, dass ein kleines Land, das sie seit 30 Jahren durch ihnen hörige Politiker der Sozialisten im Griff hatten, aus der Reihe tanzt. Durch das schier Unvorstellbare kam die Phalanx dieser «Bürokraten» zumindest in deren Vorstellungen so ins Wanken, dass sie in Panik ausbrachen und Amok liefen. Alle Grundsätze der EU wurden ausser Acht gelassen und verletzt, nur um den kleinen Ausreisser Österreich wieder dem eigenen Machtkartell unterzuordnen. Um der Welt Sand in die Augen zu streuen, wurde Österreich eine «antieuropäische» Haltung unterstellt, und nur weil eine missliebige Partei einige Minister in der neuen Wiener Regierung stellt, als «faschistisch» denunziert. Damit wurde aber auch demonstriert, dass in dieser Art von «Demokratie» in der «real existierenden», die Regierungsbildung nach freien Wahlen keine freie Angelegenheit eines Landes mehr sein soll.

Nationalrat Bernhard Hess, Chefredaktor

Jetzt bestellen!



Lange waren sie vergriffen, die «NEIN»-Kleber gegen den Beitritt der Schweiz zur EU. Bestellen Sie jetzt die 3-farbigem Aufkleber:

—	1 Stück	Fr. 2.–
—	6 Stück	Fr. 10.–
—	10 Stück	Fr. 15.–
—	20 Stück	Fr. 20.–

Inserat und Adresse einsenden an:
Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern